



# stimmme

VON UND FÜR MINDERHEITEN

STIMMEN AUS  
ZEHN JAHREN

## DER POST-NEUSPRECH 1

Für diese Jubiläums-Ausgabe der STIMME (das Wie und Warum ist auf der gegenüberliegenden Seite zu lesen) sah ich die 43 Hefte der letzten zehn Jahre durch. Neben den eigenen Schwächen, den obligatorischen Unzulänglichkeiten, aber auch dem heute noch Zufriedenstellenden ist mir in der Lektüre vieles aufgefallen, was gewisse Unterschiede zu heute aufweist. Beispielsweise die *Anliegen*: Sie sind auf eine merkwürdige Weise so unverändert geblieben und waren doch anders. Die meisten schwulen oder lesbischen AutorInnen etwa geschrieben in diesen Jahren hauptsächlich gegen den § 209 an, den es heute nicht mehr gibt. Doch weder sieht es mit dem Nachfolgearagraphen besser aus, noch haben die Lesben und Schwulen inzwischen eine größere rechtliche oder soziale Anerkennung erfahren. Dann die *Themen*. Sie waren irgendwie spezifischer, und doch sehr allgemein behandelt. Wir befaßten uns am Anfang mit minoritären Sprachen, mit der EU als Chance für die Minderheiten oder mit den jugendlichen Minderheitenangehörigen. Heute bilden zwar universalere Themen wie „Alter“ oder „Familie“ die Heft-Schwerpunkte der STIMME. Jedoch springt mittlerweile eine größere Expertise in der Behandlung dieser Themen, eine „spezifische Spezialisierung“ aus minoritärer Perspektive ins Auge. Auch mit dem *Informationsstand* über die jeweils andere Minderheit ist es heute viel besser bestellt als damals, wie es den neueren Texten entnommen werden kann. Dennoch war, wie mir scheint, das Interesse an den Anliegen anderer Gruppen fast größer, wenn auch mit mehr anwaltschaftlichem Eifer und paternalistischem Unterton als heute.

Nichts aber fiel mir deutlicher auf in meiner chronologischen Lektüre der Hunderte von STIMME-Texten dieses Jahrzehnts – als die *Sprache*.

Vor gerade noch zehn Jahren waren wir alle bemüht, in unseren Texten eine „gerechte“ Sprache zu verwenden. Wir beachteten die zum Himmel schreiende Abwesenheit des weiblichen Geschlechts (auch) in der Grammatik und benutzten das „große I“ & Co. Wir versuchten auch, nur jene Be-

zeichnungen für minoritäre Gruppen zu verwenden, die sie für korrekt befanden. Es war die Zeit der PC im PC, und wie bei jeder sprachlichen Sorgfalt galten auch darin das Augenmaß, der Hausverstand und das Fingerspitzengefühl als Kardinaltugenden. Daher war es auch unvermeidlich, daß Menschen ohne diese Tugenden aus Political Correctness ein Psalmbuch mit Vergeltungsmaßnahmen ableiteten. Wir haben gelernt, damit zu leben – ohne unsere Überzeugung von einer gerechteren und korrekteren Sprachverwendung aufzugeben.

Was aber vor einigen Jahren in der „Szene“-Sprache eingesetzt hat und allmählich auch in den STIMME-Beiträgen seinen unauffaltsamen Niederschlag findet, ist ein schwieriger Brocken. Zumindest für mich. Klar, ich bin inzwischen um zehn Jahre älter geworden, und bekanntlich macht das Alter aus Menschen keine Kapitäne mit besonderem Drang hin zu unentdeckten Kontinenten. Es könnte jedoch möglich sein, daß meine zunehmenden Bedenken bezüglich dieser Sprachoffensive nicht bloß vom Alterskonservatismus herrühren. (Und so alt bin ich nun auch wieder nicht.)

Ich will diese Sprache „Post-Neusprech“ nennen: nicht weil es den Orwellischen „Newspeak“ abgelöst hat oder von Schalterbeamten der politisch nicht unumstrittenen Institution Post gesprochen wird. Mehrere Strömungen, die „Post-“ als Vorsilbe in ihrem Namen tragen, fließen in diesem Neusprech zusammen: Postmoderne, Postkolonialismus, Postfeminismus, Post-Identitätspolitik etc. Der „Post-Neusprech“ ist eine Fortführung von „Newspeak“ mit denselben Mitteln, nur in einer anderen Zeit (jedenfalls nach 1984). Drei wesentliche Komponenten regieren ihn: die *Amerikanismen*, der *Kunstdiskurs* und die *„postkolonial-dekonstruktivistische“* Terminologie. Beispiele? Dinge werden mittlerweile *verhandelt*, oder am liebsten *ausverhandelt*. „Mensch“ *verortet* sich oder eine (am besten Subjekt-) *Position*, die vorher schon als *Positionierung* dem öffentlichen Diskurs *kommuniziert* worden ist. Der *hegemoniale Diskurs* kann klarerweise nicht

mehr kritisiert werden – alter Hut! –, sondern nurmehr *dekonstruiert*. Wir telefonieren nicht mehr mit zu Hause – Schnee von gestern! –, wenn dieses Zuhause in einem anderen Land liegt, sondern stellen *transnationale Connects* her, da soziale Orte bereits *disloziert* worden sind.

Ich weiß, daß ich wie ein konservativer Sprachpolizist klinge – was ist schon dabei, wenn neue Begriffe verwendet werden, um Dinge bereits in der Sprache neu zu konzipieren? Darf sich die Sprache nicht ändern? Was will ich denn konservieren? Ich habe aber kein Problem mit diesen Termini. Mich beschäftigt nur die Frage, was der „Post-Neusprech“ *ersetzt* und welche *politischen Konzepte* damit zusammenhängen.

Nehmen wir einige politische Kampfwörter dieser Sprache, die sie teils neu verwertet: Rassismus, Widerstand, migrantisch. *Xenophobie* und deren schlechte Übersetzung mit *Fremdenfeindlichkeit* mögen mittlerweile zu pädagogischen Kosewörtern mutiert sein; nahezu jede diskriminierende oder ausschließende Handlung als „rassistisch“ zu bezeichnen, zieht aber eine Inflation und als logische Folge eine Abwertung des Rassismus-Begriffs nach sich. Es stimmt schon, daß der kolonialistische Rassismus, der Rassismus gegen Afro-AmerikanerInnen, der Antisemitismus oder die Xenophobie Kinder ein und desselben Geistes sind und miteinander zusammenhängen. Trotzdem bezeichnen diese Begriffe historisch und kontextuell *unterschiedliche* Praktiken und Erfahrungen. Sie alle im „Rassismus“ zusammenzufassen, ist zwar für einen Moment der Reflexion nützlich, kann auch gute Parolen für Demo-Transparente hergeben, nicht aber dabei helfen, das Spezifische an unterschiedlichen gegenwärtigen wie vergangenen Formen, Motiven und Entstehungsbedingungen der Ausschließung, Benachteiligung oder Vernichtung zu verstehen. Weiter noch: die Reduktion dieser Formen, Motive und Bedingungen auf „Rassismus“ hat System.

(Wenn in den nächsten Monaten nicht plötzlich ein „Post-Post-Neusprech“ entsteht, möchte ich diese Ausführungen in der nächsten Ausgabe fortsetzen.)

Impressum	2
„Entwicklung von pragmatischer Phantasie“ Gespräch mit M. Koch, V. Pašalić und H. Sari	4
„Mit gespaltener Zunge“ Gerhard Baumgartner	6
„Minderheitenpolitik versus Politik der Minderheiten“ Bericht zur „Tagung der Minderheiten 1994“	9
Die diskrete Diskriminierung. Lesben, Schwule und Gesetze Dieter Schmutzer	10
Ein Gesetz hat sich überlebt: das Volksgruppengesetz 1976 Franjo Schruiff	12
Schritt in die große Politik? Streitgespräch zwischen K. Voget und E. Riess	14
Diskretion Ehrensache. Lesben, Schwule und Medien Helga Pankratz	16
„Rassismus zerstört die eigenen Strukturen“. Gespräch mit V. Wakounig Andreas Leben	18
Brief nach Istanbul Gerald Kurdoğlu Nitsche	20
Ein Jahrzehnt mit Minderheiten Michael Örtl	21
Initiative Minderheiten 1991-2001. Wandel und Deutung Ursula Hemetek	22
Nix „zwischen den Stühlen“ – wir beanspruchen gleich die ganze Couch Alev Korun	24
Die Stufen zum Heil – Eine Szene Erwin Riess	26
Kulturen und Künste	27
Tips	29
Kahlauers Tagebuch	31



**Thema: Stimmen aus zehn Jahren**  
Eigentlich ist es ein verspätetes Jubiläum. Die erste Ausgabe der STIMME datiert nämlich aus dem Jahr 1991. Die Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist also zwölf Jahre alt.

Allerdings begann die regelmäßige Erscheinungsweise im Jahr 1993: Der ehrenamtlichen Redaktion wurde ein koordinierender Chefredakteur in bezahlter Funktion zur Seite gestellt, um den Erscheinungsablauf der STIMME als Vierteljahresschrift zu gewährleisten. Seit zehn Jahren kommt sie auch tatsächlich als Periodikum heraus: mit Hakan Gürses als Chefredakteur, Mehmet Emir als Foto-Redakteur und schultz+schultz – mediengestaltung als Grafik-Team. Nicht nur diese haben aber der Zeitschrift in den letzten zehn Jahren die Treue erwiesen. Viele Personen tragen nach wie vor als AutorInnen zum „gehaltvollen“ Erscheinen der Zeitschrift bei. Allen voran seien hier Erwin Riess, Gerald K. Nitsche und Erich Demmer erwähnt. Viele andere, die als Vorstandsmitglieder tätig sind oder waren, stellen immer wieder ihre redaktionelle,

zumeist ehrenamtliche, Mitarbeit zur Verfügung und steuern auch Texte bei: Ursula Hemetek, Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Helga Pankratz, Michael Örtl, Beate Eder-Jordan und Andreas Ohrensall (mit seinen meisterhaften Zeichnungen) gehören dazu. Viele weitere waren an der Entstehung einer „Linie“ der Zeitschrift als AutorInnen erheblich beteiligt – so etwa Dieter Schmutzer, Hikmet Kayahan und Gabi Müller-Klomfar. Es gibt auch „Nachwuchs“-AutorInnen: MitarbeiterInnen, die etwas später zur Initiative Minderheiten bzw. STIMME gestoßen sind, allerdings bereits zum „Inventar“ gehören: beispielsweise Cornelia Kogoj, Gerd Valchars und Isabelle Bene.

Eine große Anzahl von Personen hat in diesen zehn Jahren Text-Beiträge geliefert, die nicht nur die Qualität der STIMME steigern halfen, sondern auch selbst zu zeitweiligen Zentren von theoretischen und politischen Debatten avancierten. Und viele andere Personen waren und sind als IdeengeberInnen, GegenleserInnen und nicht zuletzt als gute KritikerInnen Bestandteil der Zeit-

schrift der Initiative Minderheiten. Die vorliegende Jubiläums-Ausgabe der STIMME ist einerseits als Dank an alle gedacht, die dazu beigetragen haben, daß in zehn Jahren aus einer Vereinszeitschrift ein – ohne falsche Bescheidenheit gesagt – wichtiges Medium für Minderheiten und für alle an der Politik der Minderheiten Interessierten wurde. Auch wenn wir sie hier und – als AutorInnen – in den weiteren Seiten nicht alle erwähnen können, sei dieses STIMME-Heft ihnen allen gewidmet.

Andererseits soll die vorliegende Auswahl von Texten eine Rückschau ermöglichen: auf für Minderheiten in Österreich und Europa sehr bewegte zehn Jahre, die zu Recht – wie wir vor zwei Jahren eine Ausgabe betitelt haben – als „Jahrzehnt der Minderheiten“ bezeichnet werden können. Die Texte bilden eine Chronologie heftiger Debatten, zentraler Termini und „Zauberwörter“, veralteter Sichtweisen und neuer Paradigmen. Sie dokumentieren zudem die Politik der Minderheiten hierzulande: Kämpfe, kleine Siege, mittlere Enttäuschungen – und viele Stimmen.

## impressum

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-12, e-mail: initiative.minderheiten@chello.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, e-mail: stimme@chello.at; Chefredakteur: Hakan Gürses; Redaktionelle Mitarbeit: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Oertl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gerd Valchars, Isabelle Bene; Ständige AutorInnen: Erwin Riess, Stefan Nicolini, Marinela Vecerik, Anita Konrad, Kahlauer, mh, ed, M. Fürst; Fotoredaktion: Mehmet Emir; Zeichnungen: Andreas Ohrensall, Hakan Gürses; Graphische Gestaltung: schultz+schultz-Mediengestaltung; Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566; Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Vida Bakondy (Redaktionsadresse); Jahresabo (4 Hefte): € 14,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.

# „ENTWICKLUNG VON PRAGMATISCHER PHANTASIE“

Ein Rundtischgespräch mit Max Koch (Geschäftsführer des Wiener Integrationsfonds – WIF) und seinen stellvertretenden Geschäftsführern Vinko Pašalić und Haydar Sari.

**STIMME:** Wie entstand die Idee zur Errichtung einer Institution wie dem Integrationsfonds und warum gerade jetzt?

**Koch:** Die Idee, einen Integrationsfonds einzurichten, gibt es schon seit fast drei Jahren, zunächst hauptsächlich in der Wiener SPÖ überlegt und diskutiert. Als Anregung und als Vorbild hat am Anfang das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt gedient, das auch durch eine kleine Delegation besichtigt wurde. Der habe auch ich angehört, mit Andrea Kuntz und zwei weiteren Leuten. Dann entstand die Idee für einen Fonds, der ein eigener Rechtskörper ist und als „Zwischeninstanz“ zwischen den Ausländervereinen, der nicht-österreichischen Bevölkerung und den Magistratsabteilungen fungiert, um Reibungen, Schwierigkeiten, Mißverständnisse, berechnete/unberechnete Ängste zu bearbeiten und insgesamt das Zusammenleben in der Stadt zu fördern, zu verbessern.

**Integration wird unterschiedlich definiert; was versteht ihr unter diesem Begriff?**

**Pašalić:** Integration ist ein Programm: Wir wollen ein Zusammenleben erreichen in der Stadt Wien, wo die Ausländer nicht mehr als eine besondere soziale Gruppe auffallen, d. h. wir wollen sie so weit eingliedern, daß sie sich in die Arbeitswelt, in die kulturellen Betätigungen der ganzen Wiener Bevölkerung einfügen und dort einen Platz finden.

**Sari:** Integration bedeutet Gleichstellung aller Menschen, die in einer Gesellschaft leben, in allen Bereichen der Gesellschaft: im Bereich des Rechtlichen, Legistischen, Kulturellen, Sozialen und Politischen.

**Koch:** Und im Unterschied zur Assimilation bedeutet Integration auch die Möglichkeit, bestimmte kulturelle Identitäten aus den Herkunftsländern zu bewahren, ohne gleichsam die „ortsüblichen“ Spielregeln aus den Augen zu verlieren. Dies ist kein einseitiger Weg; so ist es notwendig, daß bestimmte Mythen und Phantasien, die in der Wiener Bevölkerung z. B. über den Islam oder über fremde Kulturen herrschen, abgebaut werden müssen, ohne dabei die verschiedenen Kulturen und Religionen konfrontativ gegenüberzustellen – sondern quasi moderierend, vermittelnd in beide Richtungen gehen zu lassen: Das ist sicher eine der Hauptaufgaben.

**Der Integrationsfonds entstand auf kommunaler Ebene. Gehen seine Aufgaben in diesem Sinne auf eine Bezirksarbeit hin, und was sind andere Aufgaben?**

**Koch:** Die Bezirksarbeit ist eine ganz wichtige; wir werden Außenstellen errichten. Wir werden auch sicher Studien machen in bestimmten Bereichen, wo Fakten erhoben werden sollen, um eben auch unsere Argumentationen zu verbessern und mit mehr Daten und Aufklärungsmaterial arbeiten zu können. Wir arbeiten an Strategien im Sinne der „Klimaarbeit“: mit Plakaten, mit Hinweisen, großflächig. Das geht jetzt von der Schlichtung von banalen Konflikten bis hin zu den Möglichkeiten, die rechtliche Lage im Wohn- und Bürgerrechtsbereich zu verbessern. (Wir haben da ein Modell in Überlegung, das einmal ausprobiert werden sollte: Wohnbürgerschaft, d. h. Bürgerrechte ohne den Zwang der Staatsbürgerschaft. Man wird sehen, ob das ein gangbarer Weg ist.) Bis hin zu besonderer Aufmerksamkeit auf die zweite Generation, die ein bißchen in einem interkulturellen „Zwischenland“ lebt, nicht mehr zu Hause in den Herkunftsländern, aber auch hier noch nicht ganz heimisch. So wird auch sehr viel Arbeit bei uns liegen, Bildungswege zu eröffnen.

**Sari:** Probleme, die in der Öffentlichkeit als solche bezeichnet werden, spielen sich meistens in den Bezirken ab. Daher werden wir einerseits „Feuerwehrarbeit“ leisten, die bisher niemand erfüllt hat, also direkt in die Häuser gehen, in denen schon Probleme bestehen, die auf einem Zusammenleben beruhen; Hausversammlungen organisieren, mit In- und Ausländern über ihre Wünsche, Probleme, über die Störpunkte, also Gesichtspunkte reden. Und das werden wir mit unseren qualifizierten Angestellten machen, die Zugang auch zu Ausländern haben. Und dann werden wir versuchen, diese Probleme Verwaltungsbehörden, politischen Vertretern weiterzugeben und Lösungskonzepte auszuarbeiten.

**Koch:** Wir haben bereits im 20. Bezirk angefangen. Es ist hier von der Bezirksvorstehung selbst eine Initiative ausgegangen, was uns besonders freut: Es kam zu einem einstimmigen Beschluß aller Fraktionen im Bezirk, also sowohl der FPÖ als auch der ÖVP, der SPÖ und der Grünen, so eine Außenstelle zu errichten. Ähnlich zeichnet sich die Situation

im 15. Bezirk ab, wo wir die zweite Außenstelle errichten wollen. Wir haben außer der Fertigstellung des eigenen Aufbaus und der Außenstellenplanung schon einiges verwirklicht: Aktionen gefördert, den „Bosnien-Bazar“ gemacht, ein Integrationskurs für die bosnischen Kriegsflüchtlinge wird von uns aus finanziert, wir haben Aktionen veranstaltet bei den Hochschülern, bei der Sozialarbeitertagung zu diesem Thema haben wir einen Beitrag geleistet. Gleichzeitig machen wir eine „Bestandsaufnahme“ all jener Vereinigungen, Institutionen, die schon in dem Bereich arbeiten. Ein Beispiel: Berufsschullehrer sind an uns herantreten, ob wir vielleicht für Lehrlinge, die nicht-österreichische Staatsbürger sind – Berufsschüler, die in ihrem Leben noch nie Schiffahren waren –, eine Unterstützung leisten für einen Schikurs, wo inländische und ausländische Jugendliche gemeinsam in einem Schierlebnis zusammenkommen können, was dem Abbau von Vorurteilen sicher dienlich ist. Ich halte das für ein sehr gutes Pilotprojekt.

**Ihr habt vor kurzem eine kleine Europa-Reise unternommen, um Integrationsfonds-ähnliche Institutionen zu besuchen. Wie sieht ihre Realität aus?**

**Koch:** Die Niederlande z.B. sind sicher ein Land, das durch seine lange Kolonialerfahrung mit Minderheiten anders umgeht; dort werden Migranten aus ehemaligen Kolonien in den Verwaltungsapparat integriert – als Busfahrer, Polizeibeamte etc. Es gibt auch große Diskussionen über Doppelstaatsbürgerschaft, besonders in Deutschland ist das sehr forciert. Ich war übrigens auf einer internationalen Tagung, wo einer der Hauptpunkte war, kommunales Wahlrecht ebenso zu gewähren wie die Doppelstaatsbürgerschaft. Ich hoffe, daß das auch in Österreich diskutiert wird – wir werden diese Diskussion sicher anzetteln, in Schwung halten.

**Pašalić:** Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, die die anderen, gerade in Deutschland, schon ziemlich lange Zeit hinter sich haben. Es gibt z. B. schon seit zwölf Jahren die Ausländerbeauftragten in Berlin. Es ist eine immense Informationsarbeit geleistet worden. Es sind Sachen thematisiert worden, in der öffentlichen Diskussion, im politischen Diskurs, die hier erst einmal entstehen, und wir erachten es gerade als unsere Aufgabe, diese Fragen auch hierzulande in der Öffentlichkeit zu thematisieren.

**Sari:** Die meisten europäischen Länder haben schon ihre Grenzen dichtgemacht. Dennoch läuft vieles anders als in Österreich: In Schweden z. B. sind Asylwerber hinsichtlich der sozialen Leistungen den eigenen Staatsbürgern gleichgestellt.

**Koch:** Durch die längere Erfahrung, durch das längere Bestehen von Integrationsmaßnahmen sind die Integrationsmodelle in den meisten Ländern besser ausgereift als hierzulande. D. h. wenn es in Schweden jemand schafft, durch diese ganzen Mühen der Einreise zu kommen und anerkannt zu werden, dann bekommt er ein umfassendes Integrationspaket, das von Arbeitsplatz bis Wohnung und Sprache reicht. Bei uns sind die Zugänge jetzt durch das neue Aufenthaltsgesetz, Fremdenrecht auch erschwert worden; ein umfassendes Integrationsmodell haben wir jedoch noch nicht, und das ist eine der Aufgaben, an denen wir arbeiten.

**Können ähnliche Einrichtungen in anderen europäischen Ländern auf die Gesetzgebung und auf dieses integrative Klima einwirken?**

**Pašalić:** Ein Beispiel für diese Einflußnahme z. B. kann man gerade aus Hol-

land nehmen. Das ganze Netzwerk der Institutionen, das es dort – teilweise als Folge der Kolonialgeschichte, aber teilweise auch aufgrund der Arbeitsmigration – schon gibt, hat wirklich gefruchtet in einem Antidiskriminierungsgesetz. Das ist ein Gesetz, das eine krasse Diskriminierung aufgrund von Nationalität und Staatsbürgerschaft und sonst auch bei vielen Fällen verbietet. In Österreich ist es leider immer noch Praxis, daß man z. B. nur aufgrund des Ausländerseins nicht zu einer bestimmten Wohnung kommen kann. Das Antidiskriminierungsgesetz ist eine Errungenschaft, die es ohne diese Organisationen sicherlich nicht gegeben hätte, bzw. es hätte noch vielleicht dreißig Jahre gebraucht.

**Sari:** Vieles hängt auch von der Geschicktheit der Organisationen ab. Es ist auch eine Aufgabe von solchen Einrichtungen, sich mit wirklichen, also veränderbaren, realisierbaren Fragen zu beschäftigen.

**Was hält der Integrationsfonds von der Idee eines Minderheitenjahres?**

**Pašalić:** Ich finde die Idee eines Minderheitenjahres, wo die Anliegen der Minderheiten verstärkt bekannt gemacht werden, wo diese Anliegen auch geför-

dert werden, wo die Öffentlichkeit auf die immer wieder besondere Lage einer Minderheit in der Mehrheit aufmerksam gemacht wird, sehr gut.

**Koch:** Es besteht hier auch die Chance sämtlicher Minderheiten, sich jetzt nicht nur aus einem Problem heraus oder als bedürftige Gruppen darzustellen, sondern auch als Bereicherung.

**Sari:** Ich finde es auch sehr wichtig, daß hier so eine Initiative besteht, die in diesem Bereich die Probleme und die Bedürfnisse aufzeigt und auch die zur Lösung notwendigen Schritte verlangt.

**Koch:** Unser grundsätzliches Motto heißt: Entwicklung von pragmatischer Phantasie.

Gespräch: Hakan Gürses  
Aus: STIMME Nr. 6/1993

*(Anmerkung der Redaktion: Vinko Pašalić ist 1997 verstorben, die beiden anderen Interviewpartner arbeiten nicht mehr beim Integrationsfonds; der WIF selbst wird demnächst in seiner bisherigen Form aufgelöst und in eine Magistratsabteilung umgewandelt.)*



# „MIT GESPALTENER ZUNGE“ ZUM DILEMMA DER MUTTERSPRACHLICHEN MEDIENVERSORGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN MINDERHEITEN

Gerhard Baumgartner

Nur eine flächendeckende muttersprachliche Rundfunkversorgung der Minderheiten in ihren Wohngebieten kann den Kommunikationswert der Sprache wieder so weit erhöhen, daß es aus rein praktischen Erwägungen sinnvoll erscheint, sie weiter zu gebrauchen, sie weiter zu pflegen oder sie besser zu erlernen.

Die Forderung der österreichischen Minderheiten nach Radio- und Fernsehsendungen in der eigenen Muttersprache sind so alt wie diese Medien selbst. Grundsätzlich vertreten in dieser Frage die Medienpolitiker, Verantwortliche des öffentlichen Rundfunks und die Vertreter der Minderheitenorganisationen gegenteilige Auffassungen, was Sendezeiten und Sendedauer betrifft. Gemeinsam aber scheint allen eine relative Konzept- und Ratlosigkeit bezüglich der Rolle und Bedeutung dieser Minderheitensendungen.

### Mediendemokratische Überlegungen

Vertreter des öffentlichen Rundfunks argumentieren meist vorwiegend unter Gesichtspunkten der Kostenrentabilität und einer Wahrung der Verhältnismäßigkeit gegenüber den Sendungen in der Mehrheitsprache. Dies ist schon deshalb nicht verwunderlich, weil einerseits die Versorgung der österreichischen Sprachminderheiten mit Sendungen in der Muttersprache nirgends gesetzlich verankert und auch im Programmauftrag des ORF nicht vorgesehen ist, andererseits weil in Österreich im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten die Kosten für eine mediale Versorgung in der Muttersprache der Minderheiten ausschließlich vom ORF bestritten werden müssen und staatlicherseits nicht gefördert werden. Der Entschluß zur Einführung solcher Sendungen fiel daher in erster Linie vor dem Hintergrund mediendemokratischer Überlegungen. Sendungen in den Muttersprachen der Minderheiten wurden erst eingerichtet, als ihre Verweigerung zu Beginn der achtziger Jahre demokratiepolitisch nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Deshalb werden bis heute nur jene österreichischen Volksgruppen medial mit muttersprachlichen Sendungen versorgt, die über eine dementsprechende politische Lobby verfügen, wie die Slowenen, Kroaten und Ungarn. Die Volksgruppen der Tschechen, Slowaken und Roma fallen dabei durch den Rost. Überlegungen zur Rolle medialer Versorgung für die Erhaltung der öster-

reichischen Minderheitensprachen flossen in die Verhandlungen über Sendezeit und Sendeplatz nicht ein. Bezeichnenderweise wurden darüber weder wissenschaftliche Expertisen eingeholt, noch bilden sie heute die Grundlage für weitere Programmentscheidungen.

Die Vertreter der österreichischen Sprachminderheiten haben zwar früh die Notwendigkeit einer medialen Versorgung in der Muttersprache erkannt, jedoch sind auch ihre Positionen weitestgehend von politischen Prämissen geprägt. Klare Vorstellungen über die Rolle der Rundfunkmedien für die Kommunikationsstruktur der Sprachminderheit stehen auch hier nicht im Vordergrund der Überlegungen. Vielmehr wird die Bedeutung der Rundfunkmedien für die sogenannte „Identitätsstiftung“ der Minderheitenangehörigen betont, also eine ideologische Komponente. Wie und warum diese mit unterschiedlichen Motiven betriebene Medienpolitik sowohl des öffentlichen Rundfunks als auch der Minderheitenvertreter an den tatsächlichen Bedürfnissen der Österreicher nichtdeutscher Muttersprache vorbeigeht, sei hier an einigen Beispielen erläutert.

### Sprachhierarchie

Sprache ist in erster Linie ein Kommunikationsmedium. Im Gegensatz zu traditionellen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts, daß Einsprachigkeit die Regel und Mehrsprachigkeit die Ausnahme sei, zeigen jüngere Forschungen eindeutig, daß Mehrsprachigkeit zu jeder Zeit und wahrscheinlich überall die Norm und nicht die Ausnahme gewesen sein dürfte. Nur daß die einzelnen Sprecher eben nicht jede Sprache gleich gut sprechen und daß die Verwendung der verschiedenen Sprachen durch eine sogenannte Sprachhierarchie geregelt ist. Der Beherrschungsgrad der einzelnen Sprachen hängt, unabhängig vom Spracherwerb, weitestgehend vom kommunikativen Nutzen der Sprache ab. Die Sprachhierarchie wiederum wird von den gesellschaftlichen Normen einzelner Kulturkreise bestimmt. Obwohl der kommunikative Nutzen des Lateinischen

oder Altgriechischen im heutigen Alltagsleben gleich null ist, erfreuten sich diese Sprachen – aus Gründen bildungsbürgerlicher Standesdünkel – eines hohen Prestigewertes, während etwa die Verwendung der slowenischen Sprache in Kärnten – trotz offensichtlicher kommunikativer Vorteile und weitverbreiteter Grundkenntnisse in der Bevölkerung – durch deutschnationale, antislowenische Traditionen weitestgehend blockiert ist.

Die öffentlich-rechtliche Medienstruktur Österreichs, der marginale Kommunikationsnutzen der einzelnen Minderheitensprachen und die verschiedenen Ideologisierung des Sprachgebrauchs bilden die drei Eckpunkte jenes Labyrinths, in dem die ziel- und konzeptlose österreichische Medienpolitik muttersprachlicher Minderheitensendungen bis heute umherirrt.

Am Beispiel der Minderheitensendungen in burgenlandkroatischer und slowenischer Sprache der Landesstudios Kärnten und Burgenland läßt sich ein grundlegendes Dilemma darstellen. Ein Grundproblem beider Landestudios ist, daß viele ihrer Hörer nicht über den notwendigen Sprachstandard verfügen, um den Sendungen noch müheles folgen zu können. Auslöser dieses Problems ist letztlich der soziale Wandel in den ländlichen Siedlungsgebieten Österreichs. Solange die einzelnen Dörfer noch den Lebensmittelpunkt ihrer Bewohner darstellten – bis in die frühen sechziger Jahre –, bildeten die lokalen kroatischen und slowenischen Dialekte ganz selbstverständlich auch das Hauptmedium lokaler Kommunikation. Durch den rapiden Wandel dörflicher Lebensformen aber ging diese Funktion verloren, und der Kommunikationswert der Minderheitensprachen sank ebenso rapide ab. Die Weiterverwendung und insbesondere die Weitergabe an die nächste Generation mußte also zusätzlich ideologisch motiviert werden. Die Verwendung der Minderheitensprache wurde immer stärker mit anderen, nicht-kommunikativen Motivationen verknüpft. Diese ideologische Zusatzmotivierung war in Kärnten eine weitgehend pa-

litische und im Burgenland eine katholisch-religiöse. In diesem Kontext aber muß den muttersprachlichen Rundfunksendungen notwendigerweise auch eine Funktion der Identitätsstiftung zufallen. Der von ORF-Vertretern immer wieder gepriesene „anwaltschaftliche“ Charakter dieser Sendungen – daß „eigene“ Leute die „eigenen“ Anliegen vertreten – ist nichts anderes als eine euphemistische Schönfärberei des Ghetts, in dem sich diese Sendungen teils unbewußt und unbeabsichtigt bewegen, ja bewegen müssen. Ein Großteil der Mehrheitsbevölkerung würde die Sendungen auch dann nicht hören und sehen, wenn sie für ihn verständlich wären, da sie aus einer ihm fremden Welt berichten, „von einem anderen Leben auf einem anderen Stern“.

### Kulturideologie von Minderheiten

Die immer wieder vorgebrachte Argumentation des pädagogischen Wertes muttersprachlicher Sendungen für den besseren Spracherwerb bei Kindern aus der Volksgruppe ist eine unter Minderheitenvertretern weit verbreitete naive Hoffnung, die jeder Grundlage entbehrt. Den in den Familien nur mehr lückenhaft stattfindenden Spracherwerb können auch Fernseh- und Radiosendungen nicht ersetzen, wenn die Minderheitensprache ihren kommunikativen Nutzen verloren hat. Manchmal wirken sich diese Sendungen geradezu negativ auf den Spracherwerb und die Sprachverwendung der Minderheitensprachen aus. Dieser, auf den ersten Blick paradoxe

Umstand wird bei unvoreingenommener Betrachtung aber schnell verständlich. Einerseits besteht schon aus Gründen des fehlenden Kommunikationsnutzens für die Kinder kaum ein Anreiz, die Sprache zu erlernen. Zusätzlich aber ist der Gebrauch der Sprache oft an Inhalte und Lebenshaltungen geknüpft, die diametral zu den Interessen und Einstellungen der Jugendlichen verlaufen. Statt eine Stärkung ihrer Identität zu erfahren, wenden sich viele Jugendliche von der Minderheitensprache ab, weil sie mit der durch Sprache transportierten – oft kleikal-konservativ angehauchten – Kulturideologie der österreichischen Sprachminderheiten nichts anzufangen wissen. Ein weiteres Problem besteht darin, daß viele Angehörige der Sprachminderheiten – Jugendliche gleichermaßen wie Erwachsene – durch die in den Rundfunksendungen gebrauchte Hochsprachenvariante der Minderheitensprache abgeschreckt werden. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Sendungen in ungarischer Sprache im Burgenland, wo nur noch ein Bruchteil der Sprachminderheit über gesicherte Kenntnisse der ungarischen Hochsprache verfügt, jedoch sehr wohl die örtlichen – auf der Stufe des 17. Jahrhunderts stehengebliebenen – Dialektvarianten beherrscht. Die Vertreter der ungarischen Kulturvereine beharren aber auf der Verwendung eines „reinen“ Ungarisch in den Sendungen, in der völlig irrigen Annahme, das Bildungsdefizit ließe sich durch die ohnehin spärliche Berieselung mit Rundfunksendungen in

der Hochsprache ausgleichen. International anerkannte Forschungen zum Spracherwerb belegen aber unzweideutig, daß, wird der Dialektsprecher nicht auf seinem Sprachniveau „abgeholt“ und langsam zur Hochsprache geführt, der gegenteilige Effekt eintritt und meist der muttersprachliche Dialekt mit der unverständlichen Hochsprache ausgetrieben wird. Der Minderheitenangehörige spricht seine Muttersprache nur in der Dialektvariante, die Mehrheitssprache auch in der Hochsprache. Wird ihm nun suggeriert, daß seine Muttersprache keine „richtige“ Sprache ist, sondern „nur“ ein Dialekt, er aber die Hochsprache nicht beherrscht, flüchtet der Minderheitenangehörige in der Regel in die ihm besser bekannte Hochsprachenvariante der Mehrheitssprache. Die konzeptlose Versorgung mit sprachlich nicht adäquaten Sendungen in der Hochsprachenvariante der Minderheitensprachen zerstört so oft die letzten Reste jener Sprachgruppen, die wohlmeinende Minderheitenvertreter mit hausgemachten Rezepten zu retten vermeinen.

Diese ineinander verwobenen Probleme lassen sich nur durch eine grundsätzlich andersartige Herangehensweise lösen. Nur eine flächendeckende muttersprachliche Rundfunkversorgung der Minderheiten in ihren Wohngebieten kann den Kommunikationswert der Sprache wieder so weit erhöhen, daß es aus rein praktischen Erwägungen sinnvoll erscheint, sie weiter zu gebrauchen, sie weiter zu pflegen oder sie besser zu



erlernen. Für den Programminhalt würde sich dieser Schritt positiv auswirken, weil er die Minderheitenredakteure aus dem Umfeld der Minderheitenaktivisten herausheben würde. Professionelle Journalisten könnten so über Angelegenheiten der Minderheit, aber auch über das aktuelle Weltgeschehen unvoreingenommen kritisch und distanziert berichten, eben nur in einer anderen Sprache. Das Medium wäre dann zwar wahrscheinlich wesentlich weniger „identitätsfördernd“, aber in unvergleichlich höherem Maße sprachfördernd. Das abgedroschene Gegenargument des staatlichen ORF von der Unfinanzierbarkeit einer solchen Rundfunk- und Fernsehversorgung muß ein für allemal zurückgewiesen werden.

Ein öffentlich-rechtliches Medienunternehmen, das jährlich spärliche 40 Millionen Schilling für muttersprachliche Mediensendungen der Minderheiten bereitstellt, andererseits aber ein Vielfaches dieser Summe für den aberwitzigen Nachbau von Schiffsattrappen in der Arktis ausgibt, hat seine Glaubwürdigkeit verspielt. Ein Medienunternehmen, das um ein Vielfaches dieser Summe „Blue Danube Radio“ in englischer Sprache aus dem Boden stampft, hat aber gleichzeitig bewiesen, daß es zu einer fremdsprachlichen Vollversorgung fähig ist, wenn es nur will. Und wenn es den vereinten Kräften der Republik Österreich und des ORF möglich war, die deutsche muttersprachliche Rundfunk- und Fernsehversorgung – sogar mit den Programmen FS1 und FS2 – im extrem unwegigen Südtirol zu gewährleisten und mitzufinanzieren und gleichzeitig auf diplomatischem Wege die Installation eines deutschsprachigen Vollprogrammes durch den italienischen Sender RAI-Bozen zu erwirken, dann kann man sich des Eindrucks nicht

erwehren, daß in der Frage der Minderheitensendungen bei Südtirolern und österreichischen Minderheiten mit zweierlei Maß gemessen wird. Denn was für deutschsprachige Ausländer recht ist, kann doch für nichtdeutschsprachige Inländer nur billig sein. Auch das zweite Lieblingsargument des ORF von den nicht vorhandenen qualifizierten Minderheitenjournalisten für solch ein Programm erweist sich bei näherem Hinsehen als Eigentor. Jeder halbwegs erfahrene Medienmanager weiß, daß man nur dann über Journalisten verfügt, wenn man sie ausbildet. Aber genau um diese Ausbildung der Minderheitenjournalisten hat sich der ORF seit einem Jahrzehnt gedrückt.

**Alternativstrategien**

Die muttersprachliche Medienversorgung der österreichischen Minderheiten hat nach wie vor den Charakter von Almosen, die man nach politischem Gutdünken gewährt, und diese werden um nichts schmackhafter, wenn sie mit einer Geste der Großzügigkeit serviert werden.

Die von Minderheitenaktivisten diskutierten Alternativstrategien von Piratenradios und Privatsendern jenseits der Grenze haben sich à la longue als ineffektiv erwiesen. Jedoch könnten die neuen Möglichkeiten von Regional- und Lokalfrequenzen und die Integration in die Europäische Union den österreichischen Minderheiten schon bald völlig neue Medienperspektiven eröffnen. Die Geldtöpfe in Brüssel stehen schon bereit, der 1. Jänner 1995 rückt unaufhaltsam näher, und im Zuge der voranschreitenden Rechtsangleichungen in der Europäischen Union wird in Österreich nicht mehr lange aufzuhalten sein, was in Wales, Irland, Schottland oder Holland schon lange praktiziert wird. So

haben genau solche Minderheitenförderungsprogramme in Nordholland innerhalb weniger Jahre ein friesisches Radio und Fernsehen entstehen lassen, obwohl noch vor zehn Jahren kein Hahn danach gekräht hat. Und im Zuge der Rundfunkliberalisierung könnte sich der ORF vielleicht in nur wenigen Jahren mit der Konkurrenz von – von Brüssel finanzierten – Minderheitenmedien konfrontiert sehen, weil man diese Sache wieder einmal verschlafen hat. Diese unabhängigen Sender könnten genau das bieten, was die österreichischen Sprachminderheiten brauchen, was aber der ORF nicht willens ist zu bieten, die Republik Österreich nicht willens ist zu finanzieren und die Mehrheit der Minderheitenorganisationen aufgrund ihrer sozialromantischen Haltung eigentlich gar nicht haben will. Ihre Programmweite wird sich – wie bei anderen marktorientierten Kanälen auch – von der Gottesdienstübertragung bis zum Softporno erstrecken, sie wird vom Seher und Hörer keine Identifikation verlangen und daher auch nicht missionieren, sondern Information und Unterhaltung bieten, die sich an der Konsumentennachfrage orientiert.

Sprache ist ein nutzenorientiertes Kommunikationsmedium. Und in der Medienpolitik gibt es, wie in der gesamten Sprachpolitik überhaupt, nur zwei Strategien. Die eine führt zur ideologiefreien, praxisorientierten Mehrsprachigkeit, die andere zur national ideologisierten Sprachverwendung, die entweder durch Assimilation scheitert oder im Nationalismus triumphiert. Wir haben die Wahl.

Gerhard Baumgartner ist Historiker, ehemaliger ORF-Redakteur. Aus: STIMME Nr. 12/1994

**„MINDERHEITENPOLITIK VERSUS POLITIK DER MINDERHEITEN“**

Ein Bericht über die Podiumsdiskussion zum Abschluß der „Tagung der Minderheiten“, die zwischen 8. und 10. Dezember in Wien stattfand.

Elisabeth Feuerstein (Romni und Baha' aus Eisenstadt), Gudrun Hauer (HOSI Wien), Erwin Riess (Forum der Behinderten- und Krüppel-Initiativen, Wien), Dieter Schmutzer (HOSI Wien), Franjo Schruiff (Kroatischer Akademikerklub, Wien), Eugene Sensenig (FG Boltzmann-Institut, Salzburg) und Marjan Sturm (Zentralverband slowenischer Organisationen, Klagenfurt) nahmen an der von Rainer Bauböck (Institut für Höhere Studien, Wien) moderierten Podiumsdiskussion – Höhepunkt und zugleich Abschluß der Tagung der Minderheiten – teil.

Eine der zentralen Fragen bildete „das Verhältnis der jeweiligen Minderheit zur Mehrheit / zum Staat, zu eigenen Angehörigen und zu anderen Minderheiten“. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang u. a. auch, wie repräsentativ denn eigentlich MinderheitenvertreterInnen bzw. -organisationen sind. Wer spricht oder fordert für wen? Eines der Probleme scheint zu sein, daß es – z. B. in Vereinen – demokratisch gewählt, somit für die Mitglieder dieses Vereins repräsentative VertreterInnen gibt. Daneben fungieren aber auch von offiziellen Stellen (z. B. Bundeskanzleramt) ernannte Personen als InteressenvertreterInnen bestimmter Minderheiten; diese Personen müssen aber nicht unbedingt den Vorstellungen der Minderheitenorganisationen entsprechen, und oft genug erfolgt die Ernennung nicht nach Qualifikation, sondern nach

parteipolitischen Gesichtspunkten. Die dritte Gruppe bilden die selbsternannten SprecherInnen und VertreterInnen; gerade bei dieser Gruppe bleibt die Frage nach ihrer Legitimation unbeantwortet.

Erwin Riess stellte die Sinnhaftigkeit solcher VertreterInnen oder zentraler Organisationen überhaupt in Frage und sprach sich für ein loses Netzwerk von unterschiedlichen AktivistInnen aus, die sich bei bestimmten Fragen formieren und – wenn notwendig – gemeinsam agieren. Der Wunsch nach einer starken, gut organisierten und strukturierten Vertretungsinstanz fand sich am Gegenpol. Rainer Bauböck faßte zusammen, daß es offenbar eine Gruppe von Organisationen gibt, die schon seit langer Zeit bestehen und gewachsene Arbeitsstrukturen haben. Daneben existieren solche, die gerade dabei sind, sich zu formieren, und sich um klar definierte Organisationsformen bemühen. Die dritte Gruppe will keine definierten Strukturen, sondern – wie von Riess skizziert – nur eine Zusammenarbeit; dadurch könne möglicherweise Bevormundung durch sogenannte Eliten verhindert werden.

Bei dem Begriff Elite spitzte sich die Diskussion zu; Eugene Sensenig vertrat die Ansicht, daß es sehr wohl auch im Minderheitenbereich Eliten gäbe. Erwin Riess sprach sich gegen den Elitenbegriff aus; dieser stamme aus der NS-Zeit und sei negativ besetzt; daher müsse man von AktivistInnen reden.

Marjan Sturm warnte vor ethnischen Grenzziehungen; er sprach von zwei Konzepten: zum einen das Ghetto, in dem einzelne Gruppen ihre Subkultur aufbauen und ihre eigenen Interessen zu forcieren suchen, zum anderen die Einbindung von Minderheiteninteressen in gemeinschaftliche, regionale oder überregionale Politik. Die Minderheiten dürften sich nicht aus gesamtgesellschaftlichen Prozessen ausklinken.

Dieter Schmutzer unterstrich nochmals die Tatsache, daß Diskriminierung keinesfalls nur eine bestimmte Minderheit treffe: Homosexuelle, ethnische und religiöse Minderheiten seien gleichen bzw. ähnlichen Diskriminierungsmustern und Vorurteilen ausgesetzt. Die Zusammenarbeit und Vernetzung aller Minderheiten (ein Hauptanliegen der Initiative Minderheiten seit ihrer Gründung) sei wünschenswert, die Formulierung gemeinsamer Forderungen zwingend. Dieser Ansicht schlossen sich alle TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion an und bekundeten ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit an der Erarbeitung der Charta der Minderheiten und der Erstellung des Forderungskatalogs.

„Mag sein, daß wir gebündelt langsame vorankommen, aber so sind wir auch schwer aufzuhalten“, brachte es Franjo Schruiff auf den Punkt.

red

Aus: STIMME Nr. 13/1994

stimme@chello.at

Ein E-Mail macht Sie zur Abonnentin der Stimme  
Ein E-Mail macht Sie zum Abonnenten der Stimme

www.initiative.minderheiten.at

Sie können auch Mitglied der Initiative Minderheiten werden. Besuchen Sie unsere Website





## DIE DISKRETE DISKRIMINIERUNG LESBEN, SCHWULE UND GESETZE

Dieter Schmutzer

Sollten Sie zufällig zu jener zwar seltener werdenden, aber immer noch existierenden Spezies Mensch gehören, die der Meinung ist, Lesben und Schwule würden in diesem Land ohnehin genauso lieb und nett behandelt wie alle anderen auch, dann widmen Sie mir doch ein paar Minuten Aufmerksamkeit: Es könnte sein, daß Sie etwas Neues erfahren.

Seien Sie unbesorgt, nichts liegt mir fern als Sie zu belehren. Wie käme ich denn dazu. Ich habe auch nicht die Absicht, larmoyant vor mich hinzujammern. Das bringt nichts, und ich würde Sie höchstens verschrecken. Aber ich würde Ihnen gerne eine Frage stellen: Was haben Österreich und Liechtenstein gemeinsam?

Ein paar Kilometer Grenze, werden Sie vielleicht antworten. Richtig, und was noch? Ich verrate es Ihnen: drei lesben- und schwulendiskriminierende Paragraphen!

Österreich – mittlerweile per Volksentscheid auf dem Wege nach Europa

– erweist sich in der Behandlung seiner „Minderheiten“ wahrhaftig nicht immer als europareif. Sie könnten jetzt einwenden, es gibt ohnehin eine Verfassung und vor der sind alle gleich. Manche sind aber eben doch gleicher – denn immerhin gibt es ein Strafgesetzbuch. Und da gibt es – vielleicht haben Sie schon davon gehört – den § 209, der das sog. Schutzalter für gleichgeschlechtliche männliche Beziehungen regelt.

Bestimmungen zum „Schutzalter“ sind so eine Sache. Für Heterosex liegt es bei 14 Jahren. Das heißt, erwachsene Personen eines Geschlechts (Män-

ner wie Frauen) dürfen mit Jugendlichen des anderen Geschlechts sexuelle Beziehungen eingehen, ohne daß dies den Staats- oder sonst einen Anwalt interessiert. Vorausgesetzt natürlich, es ist nicht Gewalt oder Mißbrauch oder Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhältnisses im Spiel. Dasselbe gilt übrigens auch für lesbische Beziehungen: Eine Frau darf mit einem Mädchen von über 14 ganz legal Sex haben – beiderseitiges Einverständnis vorausgesetzt. Bei schwulen Männern schaut's da anders aus, hier beträgt das „Schutzalter“ 18 Jahre. Wenn ein Mann von über 19 mit einem Burschen von unter

18 was anfängt, ist der ältere fällig. Er muß nach § 209 angezeigt und gegebenenfalls verurteilt werden, denn das ist kein Antrags-, sondern ein Officialdelikt. Soll heißen: auch wenn niemand geschädigt wird, alles höchst freiwillig passiert, keiner zum Kadi rennt – wird solches ruchbar, muß amtsgehandelt werden. Was dem Älteren eine zwischen sechs Monaten und fünf Jahren bedingte Haftstrafe einbringen kann.

Jetzt gibt's natürlich Menschen, die finden das ganz in Ordnung, denn solch widernatürliches Treiben kann nicht ungeahndet bleiben. Bei der Antwort auf die Frage, wo denn der Schaden liegt, wenn zwei mehr oder weniger erwachsene Menschen einverständlich miteinander etwas tun, was deren Privatangelegenheit ist, muß dann „die Natur“ erhalten oder „die Gesellschaft“ oder „moralische Werte“ oder „der Jugendschutz“. In der Pubertät, so ein gängiges Argument, sind junge Menschen besonders anfällig für Verwirrung und Verführung, die lieben Kleinen bedürfen unserer schützenden Hand ganz besonders. Einmal abgesehen davon, daß die Verführungstheorie Schnee von vorgestern ist (ehrlieh: Sind Sie schwul geworden, weil Sie mit 15 oder 16 mit einem Klassenkameraden ihre Schwanzgröße verglichen und um die Wette gewichst haben? Und ich schwöre Ihnen, ich kenne keinen Schwulen, der heterosexuell geworden ist, weil er mit 16 geglaubt hat, sich eine Freundin zulegen zu müssen, um „normal“ zu werden) – sind junge Männer schützenswerter als junge Frauen?

Manche meinen, Burschen seien in der Entwicklung eben später dran und müßten erst 18 werden, um mit den Mädchen gleichzuziehen. (Ganz böse Zungen behaupten ja, Männer holen diesen Vorsprung der Frauen *nie* auf; aber das ist eine andere Geschichte.) Die interessantere Version liefern uns die Kommentare zu der mittlerweile ein Vierteljahrhundert alten Gesetzesbestimmung, die (anlässlich der Stellungnahme zu einer Verfassungsklage gegen § 209) vor ein paar Jahren von der Bundesregierung wieder aufgewärmt wurde: Bei Frauen ist zwischen sexuellen Handlungen und natürlichen Handreichungen im Zuge der Körperpflege nicht eindeutig zu unterscheiden!

Da haben wir's. Während wir Männer immer nur an Sex denken, ist frau bei der gleichen Tätigkeit nur um ihre Sauberkeit besorgt.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Ich steh nicht auf 16jährige Burschen. Ich frage mich nur, warum ein junger Mann, der mit 14 über seine Religionszugehörigkeit entscheiden darf, der

sich mit 16 auf dem Moped ins Verkehrsgewühl stürzen darf, von dem man erwartet, daß er mit 18 notfalls dem Vaterland sein Leben opfern würde, sich nicht dafür entscheiden darf, einen Mann zu lieben – so er seinen älteren Freund nicht ins Kriminal bringen möchte. Mir geht's auch nicht um Sex, sondern um einen – frei wählbaren – Lebensstil. Aber das wissen Sie ja ohnehin, oder?

PolitikerInnen beteuern immer wieder, daß damit – Gott möge abhüten! – irgendwer diskriminiert werden soll. Nur geschützt! Und weil – Spätentwicklung hin, Körperpflege her – selbst der Blauäugigste nicht umhin kann, zuzugeben, daß zwischen 14 und 18 ein Unterschied ist, kam jüngst einer auf die hinreißende Idee, das Schutzalter für sexuelle Beziehungen generell auf 16 hinaufzusetzen. Auch für Frauen und Heteros. Falls das unbemerkt an Ihnen vorbeigegangen sein sollte: Herr Andreas K. war's, Spitzenpolitiker der Schwarzen (wobei „Spitzen“ in diesem Zusammenhang wirklich nur meint, daß er mit an der Spitze der Partei steht). Selbiger Herr führte – im Fernsehen, in „Zur Sache“ an einem lauen Frühsommersonntagabend war's – auch ins Treffen, mit der Aufhebung dieses Paragraphen würde der Vermehrung „homosexueller Strichbuben“ Tür und Tor geöffnet. „Wollen Sie das wirklich?“ fragte er dann noch, Verneinung heischend. Weil wir von (Anti-)Diskriminierung sprechen: Das ist nicht einfach Diskriminierung, das ist schlichte Perfidie!

Lesben und Schwule laufen aber seit Jahren nicht nur gegen diese Gesetzesbestimmung Sturm. Da gibt es noch andere. Etwa den § 220 StGB, das „Werbeverbot“, demzufolge es strafbar ist, für „gleichgeschlechtliche Unzucht und Unzucht mit Tieren“ Werbung zu betreiben. Maria Theresia läßt grüßen, die anno Siebzehnhundertertigendwas in ihrer „Constitutio Criminalis“ empfahl, Schwule ebenso wie Tierschänder – und mit denen gemeinsam gleich das geschändete Tier – den Flammen zu überantworten. Seit Jahren zermartere ich mir das Gehirn, wie man für Homosexualität Werbung macht, und brüte über Werbeslogans à la „schwuler Sex – mehr können Sie für Ihr Wohlbefinden nicht tun“ („Lesbensex – mehr können Sie für Ihre Wäsche nicht tun“ scheint mir angesichts der vorherigen Ausführungen mehr Werbung für tägliche Körperhygiene).

Da gibt es auch noch den § 221, das „Vereinsverbot“. Wußten Sie, daß jede/r, der/die einem Verein angehört, dessen, wenn auch nicht ausschließlicher, Zweck es ist, gleichgeschlechtliche Unzucht gutzuheißen, mit einem Fuß im Kriminal steht? Möge ein gütiges

Schicksal – oder auch mündige WählerInnen – uns davor bewahren, daß das politische Klima noch rauher wird; aber bei entsprechender Anwendung der Bestimmungen könnten Lesben- und Schwulenvereine zusperrten, weil ihre FunktionärInnen und Mitglieder auf Staatskosten verwahrt und gepflegt werden könnten.

„Totes Recht“, pflegen PolitikerInnen dann zu sagen. Es reicht, wenn das Damoklesschwert über einem schwebt, es muß ja nicht herunterfallen. Und Tote soll man doch lieber einäschern, meinen Sie nicht?

Um auf Liechtenstein zurückzukommen: Nachdem die genannten §§ europaweit einmalig sind (vor allem die beiden letztgenannten), entschied sich das Fürstentum vor einigen Jahren, das österreichische Strafgesetz betreffend Lesben und Schwule zu übernehmen. Wohl aus Solidarität, damit die Alpenrepublik nicht gar so allein dasteht ...

Stundenlang könnte ich Ihnen noch erzählen, wo Lesben und Schwule diskriminiert werden. Aber wozu alte Hüte aufwärmen? Wen interessiert schon das Recht auf eine eingetragene PartnerInnenenschaft (als „Homo-Ehe“ in die Schlagzeilen heimischer Gazetten eingegangen). Oder die bestehenden Diskriminierungen im Erbrecht, im Mietrecht etc. Falls Sie wissen wollen, warum das wichtig ist: Ich kenne ein paar, die ihre an AIDS erkrankten Partner gepflegt haben, bis zum bitteren Ende. Und dann hatte der Mohr seine Schuldigkeit getan und konnte gehen. Mit Sack und Pack aus der gemeinsamen Wohnung ausziehen, weil die übrigen Erben und das Gesetz es so wollten. Aber es muß ja nicht gleich AIDS sein. Als (offiziell) Nicht-Lebensgefährte/in und Nichtverwandte/r bekommen Sie ja im Spital nicht einmal Auskunft, wenn's um eine Blinddarmpoperation geht.

Naja, und dann wäre es natürlich schön, wenn Lesben und Schwule endlich einmal höchst offiziell als Opfergruppe des verbrecherischen NS-Regimes anerkannt würden. Das hilft zwar den Toten nicht, aber es hat was mit Anerkennung und Wertschätzung zu tun.

Ich will ja nichts Unanständiges. Nur vielleicht ein klitzekleines Antidiskriminierungsgesetz. Oder die Beseitigung offensichtlicher Ungleichbehandlung. Vielleicht erlebe ich's ja noch (*Grüne* und *Liberale* und ein paar andere – Achtung: keine Wahlwerbung! – lassen ja Hoffnung schimmern). Und wenn nicht, warte ich bis zu meiner Pensionierung in 20, 25 Jahren. Da hab' ich dann mehr Zeit zum Träumen ...

# EIN GESETZ HAT SICH ÜBERLEBT: DAS VOLKSGRUPPENGESETZ 1976

Franjo Schruiff

Das Volksgruppengesetz (VGG) stammt aus dem Jahr 1976. Es regelt Fragen der Volksgruppenförderung, der Volksgruppensprachen als zusätzliche Amtssprache in bestimmten Gebieten sowie die Frage der Volksgruppenbeiräte. Außerdem werden im VGG Kriterien zur Definition einer Volksgruppe festgelegt. Bisher nicht geregelt sind darin die Bereiche des Minderheitenschulwesens und der Medien in Minderheitensprachen.

Durch die Entwicklung der letzten 20 Jahre, durch die Änderung des soziologischen Umfeldes der spezifischen Minderheitensituationen, aber auch durch einige internationale Abkommen zum Minderheitenschutz ergibt sich ein klarer Bedarf zur Umarbeitung und Neugestaltung der Rechtspositionen der Volksgruppen in Österreich.

### Was ist eine „Volksgruppe“?

Das VGG definiert Volksgruppen als „in Teilen des Bundesgebietes wohnhafte und beheimatete Gruppen österreichischer Staatsbürger mit nichtdeutscher Muttersprache und eigenem Volkstum“. Diese Definition schuf bei der Anerkennungsdiskussion der Roma und Sinti große Probleme und wird auch der modernen Mobilität der Menschen nicht mehr gerecht. Sie schließt vier der anerkannten sechs Volksgruppen von Sprachrechten aus.<sup>1</sup>

Erst durch eine Änderung dieser Definition und insbesondere der an die Konzentration von Minderheitenangehörigen in bestimmten Gebieten gebundenen Rechte wird z. B. den Roma und Sinti, den Slowaken, den Tschechen und Ungarn in Wien und den Slowenen in der Steiermark der faktische Zugang zu Minderheitenrechten eröffnet.

Schwierig ist auch die Frage der „neuen“ Minderheiten. Im VGG wird keine exakte Grenze zu den „alten“ Minderheiten (derzeit: Kroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Roma und Sinti) gezogen. Die maßgeblichen Juristen haben aber das Kriterium „beheimatet“ stets restriktiv ausgelegt und mit „mindestens drei Generationen im jeweiligen Siedlungsgebiet ansässig“ übersetzt. Neue Gruppen, die Interesse an einer Anerkennung als Volksgruppe haben, sehen sich daher gezwungen, nach verschütteten Spuren in der Monarchie zu suchen, um die eigene Existenz zu rechtfertigen. Hier stellt sich wohl auch die grundsätzliche Frage, ob ein Staat seinen Staatsbürgern, die real existieren und aufgrund sprachlicher und kultureller Besonderheiten faktisch eine Volksgruppe bilden, die Anerkennung verweigern darf, indem er die Kriterien

selbst so setzt, daß eine Verweigerung der Anerkennung letztlich rechtens scheint.

Ein modernes und zukunftsorientiertes Volksgruppengesetz sollte daher auch aus diesem Grund auf die geänderte Realität Bedacht nehmen. Einerseits bilden sich neue Minderheiten – Staatsbürger mit ethnischen, sprachlichen und kulturellen Besonderheiten – , andererseits sind die „alten Minderheiten“ längst nicht mehr an Bauerndörfern gebunden. Zu überlegen ist die Angleichung an international anerkannte und bewährte Definitionen:

„Der Begriff Minderheit bezieht sich auf eine Gruppe, die zahlenmäßig kleiner ist als die übrige Bevölkerung eines Staates, sich in einer nicht-dominanten Position befindet, deren Angehörige – als Bürger dieses Staates – ethnische, religiöse oder sprachliche Eigenheiten besitzen, die von jenen der übrigen Bevölkerung verschieden sind, und welche, wenn auch unausgesprochen, einen Sinn für Solidarität zur Erhaltung ihrer Kultur, Traditionen, Religion und Sprache zeigen.“<sup>2</sup>

Derartige Definitionen verzichten bewußt auf bedenkliche, angeblich historisch und biologisch gewachsene Rechte einer bestimmten Ethnie am Boden und Territorium, die das österreichische VGG prägen. Viel zeitgemäßer scheint hier jener Ansatz, der Volksgruppenrechte nicht als lästige Verpflichtung des Staates gegenüber einer Gruppe in seinem Staatsgebiet auffaßt, die aus welchen Gründen auch immer schon solange hier ist, daß sie nicht mehr ignoriert werden kann. Ein moderner Ansatz würde kulturelle und sprachliche Vielfalt per se als positiv begreifen. Erhalt und Ausbau dieser Vielfalt wären Gesamtanliegen des Staates und nicht ertrotzte Rechte einer lästigen und suspekten Gruppe. Volksgruppenrechte sind in diesem Konzept keine defensiven Sondernormen zur Verteidigung der ethnischen Restreservate, sondern Staatsziel. Die Schweiz ist hier mit einem Sprachenartikel zum Rätoromanischen einen entscheidenden Schritt nach vorne ge-

gangen. Sämtliche Schweizer Bürger haben sich in freier Abstimmung dazu bekannt, daß auch die rätoromanische Sprache alle Entwicklungsmöglichkeiten bekommen soll. Damit wird die Frage der Sprach- und Kulturerhaltung von ethnischen Trennlinien losgelöst und entmystifiziert. Profitieren werden davon beide Seiten.

### Rechte „neuer Minderheiten“

Hier befindet sich auch der entscheidende Punkt zur Öffnung von Minderheitenrechten für „neue Minderheiten“. Wenn die Gesellschaft die sprachliche und kulturelle Bereicherung, die sie durch die Anwesenheit von Menschen mit zusätzlicher kultureller und sprachlicher Erfahrung erfährt, positiv begreift, dann wird ihr auch der Erhalt und die gezielte Förderung dieser Vielfalt aus purem Eigennutz von Interesse sein. Das derzeitige System des VGG ist demgegenüber geradezu pervers: Zuerst wird Generationen lang assimiliert, und nur jene Restgruppe, die trotz Assimilation noch vorhanden sein wird, dann – hundert Jahre später – plötzlich als Volksgruppe anerkannt. Dann wird auf einmal investiert und gefördert, um die letzten Reste von Sprache und Kultur zusammenzuklauben und zu archivieren.

Symptomatischer Ausdruck des in Paragraphen gegossenen gestörten Verhältnisses der Republik zu ihren Minderheiten sind die gesetzlichen Regelungen und deren praktische Anwendung bezüglich der Volksgruppensprachen als Amtssprachen.

In einer parlamentarischen Anfragebeantwortung<sup>3</sup> lehnte der damalige Innenminister Franz Löschnak die Eintragung von zweisprachigen Ortsbezeichnungen in Reisepässen, Personalausweisen oder sonstigen öffentlichen Urkunden ab. Seine Begründung: „§12 des Volksgruppengesetzes besagt, daß nur solche topographischen Bezeichnungen zweisprachig abzufassen sind, die von den Gebietskörperschaften oder von sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechtes angebracht werden. Darunter sind nur jene Aufschriften zu verstehen, die an Ort und Stelle fix an-

gebracht sind.“ Mit dieser schwer nachvollziehbaren Interpretation steht das Innenministerium im Gegensatz zum Staatsvertrag selbst. Dieser spricht nämlich keinesfalls davon, daß sich das Recht auf zweisprachige Topographie auf „fix angebrachte“ Bezeichnungen beschränkt. Der Staatsvertrag spricht vielmehr davon, daß „... die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer wie in kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt“ werden. Innenminister Caspar Einem schließt sich übrigens dieser Rechtsansicht seines Vorgängers Löschnak vollinhaltlich an.<sup>4</sup>

Ähnlich restriktiv denkt das Innenministerium in bezug auf die Verwendung von Minderheitensprachen in den Reisepässen. In einer weiteren parlamentarischen Anfragebeantwortung<sup>5</sup> begründete Löschnak seine Ablehnung mit folgenden Argumenten:

„Zweck des Reisepasses ist es, dem Staatsbürger eine möglichst große, möglichst ungehinderte Bewegungsfreiheit weltweit zu gewährleisten. Daher sind Änderungen der Paßformulare nur dann vorzunehmen, wenn sie einen weiteren Schritt in diese Richtung bedeuten. Die Einführung österreichischer Reisepässe, die zusätzlich in den Volksgruppensprachen abgefaßt wären, würden diesem Zweck nicht dienen. Auf diese Weise ausgestattete Reisepässe könnten im Gegenteil zu Unklarheiten

bei ausländischen Grenzkontrollen führen.“

Weshalb Reisepässe, die neben Deutsch, Englisch und Französisch auch in den Sprachen der Volksgruppen verfaßt wären – die zugleich die Sprachen der Nachbarstaaten Österreichs, nämlich der Tschechischen Republik, Ungarns, der Slowakei, Kroatiens und Sloweniens sind –, an den Grenzen Schwierigkeiten verursachen würden, ist kaum nachvollziehbar. Die Schweiz verfaßt Ihre Reisepässe auch in Rätoromanisch; aber das konnte das Innenministerium nicht beeindrucken.

### Es kann also nur besser werden

Verbesserungen in diesem Zusammenhang erwarten die Volksgruppen auch von der neuen Charta des Europarates über die Regional- und Minderheitensprachen<sup>6</sup> und der Rahmenkonvention über den Schutz nationaler Minderheiten. Beide Dokumente gehen von der gemeinsamen Verantwortung von Minderheiten und Mehrheiten für die friedliche Entwicklung Europas unter Achtung, Respekt und Schutz der sprachlichen und kulturellen Besonderheiten der Menschen aus. Österreich hat 1992 bzw. 1995 unterzeichnet, aber nie ratifiziert.

Erst ein Entschließungsantrag im Nationalrat konnte die Bundesregierung aufrütteln. Dieser hatte am 31. Jänner 1996 die Vorlage der Dokumente zur

Ratifikation bis Ende 1996 verlangt.<sup>7</sup>

Eine Novellierung des VGG aus dem Jahr 1976 ist zweifelsohne geboten. Durch die Änderung des soziologischen Umfeldes der spezifischen Minderheitensituationen scheint ein weiterer Aufschub einer Umarbeitung und Neugestaltung der Rechtspositionen der Volksgruppen in Österreich nicht mehr vertretbar. Die Richtung ist durch die internationalen Abkommen, die Österreich bereits unterzeichnet hat und aller Voraussicht nach noch 1996 ratifizieren wird, klar gegeben.

- 1 VGG, BGBl. 196/1976, § 2 Abs 1 Z 2 verlangt für Sprachenrechte 25% Volksgruppenangehörige in einer Gemeinde!
- 2 F. Capotorti: Study on the Rights of Persons belonging to Ethnic, Religious and Linguistic Minorities, in UN.Doc.E/CN.4/Sub.2/384 vom 20. 06. 1977, S. 96.
- 3 Anfragebeantwortung 2621/AB auf die Anfrage 2594/J der Abg. z. NR. Stoitsits.
- 4 Anfragebeantwortung 1102/AB auf die Anfrage 1058/J der Abg. z. NR. Stoitsits.
- 5 Anfragebeantwortung 1087/AB auf die Anfrage 1243/J der Abg. z. NR. Stoitsits.
- 6 European Charter for Regional or Minority Languages, Strasbourg, 5. XI. 1992, European Treaty Series/148.
- 7 Entschließungsantrag der Abg. Mag. Tereziya Stoitsits, Dr. Dieter Antoni, Ridi Steibl, Dr. Harald Ofner, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dr. Walter Schwimmer und Peter Schieder, Sten. Prot. der XX. GP, 5. Sitzung vom 31. Jänner, S. 101.

Aus: STIMME Nr. 21 / III 1996



## SCHRITT IN DIE GROSSE POLITIK?

Wie die STIMME berichtete, führte Klaus Voget, Präsident der „Dachorganisation Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation“ (ÖAR), bei den EU-Wahlen im Vorjahr Gespräche mit der FPÖ über eine gemeinsame Kandidatur, was den engagierten Aktivisten der Behindertenbewegung und STIMME-Autor Erwin Riess veranlaßte, seine Tätigkeit für EUCREA – eine internationale Kulturorganisation, die in Österreich mit der ÖAR kooperiert – zu beenden. Ein angekündigtes Streitgespräch.

**STIMME:** Vor den EU-Wahlen wurde bekannt, daß das Forum Handicap gemeinsam mit der FPÖ kandidieren möchte. Dem folgten eine medial geführte Debatte und allerlei Gerüchte. Können Sie versuchen, einem Außenstehenden die damalige Lage zu erklären?

**Voget:** Eine Delegation der ÖAR hat im Mai den damaligen Finanzminister Klima besucht, um die Rücknahme einiger sehr brutaler Einsparungsmaßnahmen zu erwirken. Das Gespräch ist zwar – wie es dem Herrn Klima eigen ist – in einer sehr charmanten Atmosphäre erfolgt; unsere Wünsche sind aber abgeschmettert worden. Im anschließenden Gespräch hat der Präsident des Blindenverbandes gemeint, daß wir selbst bei der nächsten Wahl kandidieren sollten. In der Vorbereitungsphase hat sich nicht sehr viel getan, und so habe ich das Ruder in die Hand genommen. Einer unserer Beschlüsse besagte, daß wir alle Parlamentsparteien um Unterstützung bitten wollten, was ich auch tat, um die nötigen 2.500 Unterschriften rechtzeitig zu bekommen. Die Sache wurde von allen Parteien zur Kenntnis genommen, aber ohne ein Unterstützungsangebot – mit Ausnahme der FPÖ, die Gespräche über eine Unterstützung anbot. Im Gespräch kam dann der Vorschlag, gemeinsam auf einer Wahlplattform zu kandidieren. Gleichsam wurde wechselseitige Unabhängigkeit diskutiert. Ich bekam den Eindruck, als würde die FPÖ diesem Plan näher treten. In der Endphase aber hätten wir inhaltliche Positionen zumindest genereller Natur auch mit übernehmen müssen. Das war dann der Zeitpunkt, in dem ich diese Gespräche beendete. Dann haben wir versucht, so rasch wie möglich die Unterschriften selber zu bekommen, was uns dann ja auch gelungen ist.

**Wie haben Sie, Herr Riess, das erlebt?**  
**Riess:** Ich war informiert, daß eine Gruppe kandidieren sollte. Ich habe das für eine zielführende Idee gehalten, obwohl es sich um eine EU-Wahl handelte; denn es wäre möglich gewesen, den anderen Parteien einige Zehntausend Stimmen wegzunehmen. Damit würde es möglich sein, ihnen zu zeigen, daß man auf die Anliegen Behinderter Rücksicht nehmen soll. Die Nachricht, daß Verhandlungen mit der FPÖ geführt werden, habe ich

aus der Zeitung erfahren. Das war ein Schock, weil für mich die FPÖ nicht irgendeine Partei, sondern zumindest in zwei Punkten anders ist. Erstens ihre Genese: Sie war 1955 die Abspaltung Rechtsextremer vom VDU, also der NS-Kreise. Sie hat sich dann mit der Unterstützung der SPÖ – um die ÖVP zurückzudrängen – etwas liberaler weiterentwickelt, das ist schiefgegangen, und dann kam Haider. Er hat immer wieder Anleihen beim Nationalsozialismus – in der Sprache wie beim politischen Stil – gemacht. Zweitens: Eine Sündenbock-Strategie wird betrieben. Es werden Behinderte gegen Ausländer ausgespielt, Asylsuchende gegen andere schwache Gruppen, ich halte das für eine perfide und leider sehr wirkungsvolle Strategie. Insofern kann ich mir nicht vorstellen, welchen Sinn es haben sollte, mit dieser zynischen, rechtsextremen Partei etwas zu tun zu haben.

**Hatten Sie keine Bedenken wegen dieser besonderen Struktur der FPÖ?**

**Voget:** Ich bin nun seit sechs Jahren Präsident dieser Dachorganisation, vorher war ich Präsident des Zivilinvalidenverbandes, und für mich war bisher Praxis, daß ich mit allen Parteien im ständigen Gespräch sein muß. Die Frage, ob mir eine Partei sympathisch oder unsympathisch ist, habe ich mir in meinem Privatbereich gestellt, nicht in meiner Funktion als Präsident.

**Es geht hier nicht um die Frage der Sympathie. Erscheint Ihnen die Politik der FPÖ in bezug auf ethnische Minderheiten nicht als problematisch?**

**Voget:** Keine Frage; jede Politik, die in Richtung Desintegration geht, ist für eine Behindertenorganisation sehr problematisch, darauf reagieren wir auch entsprechend. Ich glaube aber nicht unbedingt, daß man Fragen der Ausländerpolitik im direkten Konnex zur Integrationspolitik Behinderter sehen kann. Das könnte man nur dann, wenn man die FPÖ für eine nationalsozialistische Nachfolgepartei hält.

Es ist durchaus legitim, dieser Ansicht zu sein, aber es ist auch legitim, dieser Ansicht nicht zu sein. Es ist auch meine Auffassung, daß von der FPÖ einige sehr problematische Standpunkte vertreten werden, die weder meine Sympathie noch meine Zustimmung

finden. Ich glaube aber trotzdem, daß man die beiden Dinge nicht unbedingt vermischen soll, denn die Frage der Ausländerintegration ist zwangsläufig eine des sozialen Friedens in dieser Gesellschaft. Ich kenne kaum einen europäischen Staat, der die Einwanderungspolitik nicht in einer eher restriktiven Art und Weise handhabt. Und ich glaube, die restriktive Einwanderungspolitik ist der Wunsch des Großteils der Österreicherinnen und Österreicher.

**Nehmen wir einmal an, daß irgendwann eine Partei eine explizit behindertenfeindliche Einstellung auf ihre Fahne schreibt und daß Volksgruppen- oder AusländervertreterInnen da auch mitziehen, weil diese Partei sie in ihrer Sache unterstützt ...**

**Voget:** Wenn es darum ginge, mit Parteien Gespräche abzubreaken, die behindertenfeindliche Maßnahmen propagieren und beabsichtigen, sollten wir gar nicht erst damit beginnen. Natürlich ist es auch im Namen der ÖAR meine Aufgabe, gegen solche Strömungen in der Öffentlichkeit argumentativ entgegenzuwirken. Aber in der Bündnispolitik müssen wir abwarten, ein bißchen länger nachdenken. Ich bin wirklich schon lange genug auf der Welt, um nicht zu wissen, daß alle politischen Parteien – und da nehme ich keine aus –, um bei einer Wahl vielleicht den einen oder anderen Prozentpunkt zu bekommen, irgendeine Gruppe ganz rasch anschwärzen.

**Riess:** Die sog. Einwanderungspolitik Österreichs ist ohnehin schon an der Grenze des zivilisatorischen Standards. Was die FPÖ zusätzlich fordert, ist aber wesentlich mehr, nämlich Ausländerstopp, und sie hetzt ganz bewußt österreichische Krisenverlierer gegen vermeintliche Konkurrenten am Arbeitsmarkt und in anderen Bereichen auf. Das ist eine für viele sehr klar nachvollziehbare Politik. Du siehst das anders, aber ich halte die FPÖ auch in dieser Frage nicht für eine Partei wie die anderen. Für mich ist sie eine Partei, die den Faschismus des Möglichen innerhalb demokratischer Grundstrukturen ausprobiert. Das kann man teilen oder auch nicht; das ist nicht der Punkt. Wenn jetzt eine Behinderten-Gruppierung wie das Forum Handicap mit dieser Partei für ein ganz bestimmtes Projekt zusammenar-



beitet, z. B. bei den EU-Wahlen, hat es fatale politische Folgen. Die Wahlen wären ja auch so gelaufen: an erster Stelle ein FPÖ-Kandidat, an zweiter Stelle ein Forum-Handicap-Kandidat – und so im Reißverschlussystem weiter ... Wenn diese gemeinsame Wahl zustande gekommen wäre – und meines Erachtens ist es nur deswegen nicht so verlaufen, weil Haider mit dem Herrn Sichrovsky eine noch bessere Möglichkeit gefunden hat, in diesem Bereich für sich Stimmen und Image zu machen –, dann säßest du heute im Europaparlament auf einer FPÖ-Liste, und niemand würde mehr auseinanderhalten, daß das eine Behindertenstrategie ist, und keiner würde sagen, das eine ist eine Behindertengruppierung und das andere die FPÖ. Jede Stimme, die für diese gemeinsame Plattform abgegeben worden wäre, wäre für die FPÖ und für Haider gewesen. Und das halte ich noch schlimmer als den Vertrauensbruch und als die Überrumpelung, mit der das Ganze passiert ist; ich halte es eigentlich für politische Dummheit. Den Schaden, der der Behindertenpolitik in diesem Land dadurch zugefügt worden ist, halte ich für ganz massiv.

**Voget:** Es ist erstaunlich, daß wir eigentlich erst jetzt zu einem Gespräch kommen, bei dem du hinterfragst, wie die ganze Sache gelaufen ist. Die einzige Reaktion, die ich auf die damaligen Zeitungsmeldungen gehört habe, waren teilweise persönlich diffamierend, ohne daß ein einziger Mensch jemals mit mir ein Wort darüber gesprochen hat, was mir denn da eingefallen sei. Und es zeigt sich auch, daß dein Informationsstand offenbar nach wie vor ein unvollständiger ist.

**Riess:** Es ist ja auch nicht meine Aufgabe, Sachen zu recherchieren, die in der Öffentlichkeit klar und deutlich geschildert worden sind. Auch da liegt ein Problem: Einige Leute aus der ÖAR-Spitze sagen, sie wollen eine Parallelwahlgruppe machen, d. h. es war eine personelle Koppelung und damit natürlich eine ÖAR-Sache. Es waren viele engagierte Leute dabei; und in dem Moment, in dem die Sache angelaufen ist, ist schon die Nachricht gekommen, Klaus Voget verhandle mit der FPÖ.

**Voget:** Aus diesem Grund habe ich alle Funktionäre davon informiert, daß es die Gespräche mit der FPÖ geben wird, aber da es zu keinem Gesprächsergeb-

nis gekommen ist, habe ich keine weiteren Informationen mehr weitergegeben. Solche Verhandlungen diskutiert man üblicherweise nicht bereits zu Beginn in der Öffentlichkeit, sondern erst dann, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind.

**Was sind die Auswirkungen der Kandidatur und der Gespräche mit der FPÖ auf die aktuelle Behindertenpolitik?**

**Riess:** Für die breite Öffentlichkeit ist die Sache relativ schnell wieder vergessen; in der Sozialpolitik, in der Behindertenszene aber hat es eine große Verwirrung ausgelöst. Zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik kandidiert eine sogenannte Special-group bei einer Wahl, das führt aber noch während des Wahlkampfes dazu, daß man mit der stärksten rechts-extremen Partei Westeuropas in Verhandlungen eintritt. Bald werden wir wahrscheinlich wieder ein Sparpaket bekommen, es werden wieder Verschlechterungen auf uns Behinderte zukommen. Ich glaube, daß die Sache ein veritabler Rückschlag für die Integration der Behinderten ist.

**Voget:** Diese Einschätzung teile ich nicht. Ich glaube, Forum Handicap hat im Gegenteil bei allen politischen Parteien einen Nachdenkenprozeß ausgelöst. Ich bin der Überzeugung, daß die Öffentlichkeit das erste Mal eine soziale Gruppierung gesehen hat, die nicht nur Gegenstand von politischen Spekulationen ist, sondern durchaus auch gezielt Wählerstimmen binden könnte. In diesem Fall – ich gebe zu – noch nicht erfolgreich. Es würde für die politische Relevanz auch genügen, wenn diese Wählerstimmen zu irgendeiner Partei gingen, die sich besonders um die Anliegen behinderter Menschen kümmert. Und das war bislang in den Köpfen der Politiker nicht vorhanden, insbesondere deshalb nicht, weil sich die Regierungsparteien ziemlich sicher waren, daß sich die Vereine brav nach

dem üblichen Proporzsystem organisieren. Wenn ich das Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und ÖVP durchlese, dann ist der zeitliche Zusammenhang zwischen den sehr interessanten Beschlüssen dort und der Wahlinitiative des Forum Handicap relativ naheliegend.

**Was könnten andere Minderheiten-gruppen aus dieser Erfahrung lernen?**

**Riess:** Diese Erfahrung zeigt in erster Linie, daß die Idee einer selbständigen Kandidatur von Minderheitengruppen in Österreich zumindest für absehbare Zeit vom Tisch ist, was wiederum dazu führt, daß man in vorhandenen Parteien arbeiten müssen. Es ist offensichtlich hierzulande nicht möglich, eine neue politische Gruppierung schnell aus dem Boden zu stampfen. Der tiefere Grund dafür in der Behindertenbewegung ist, daß nie über das politische Selbstverständnis gesprochen wird. Es wird natürlich um Geld gekämpft, um gemeinsame alltägliche Ziele; es gibt aber kein Nachdenken darüber, welche gesellschaftspolitischen Ziele wir uns mit unseren Mitteln vernünftigerweise setzen können. Und dieses Nicht-Wissen schafft eine trügerische Harmonie: „Da wir alle behindert sind, wollen wir alle selbstbestimmt leben.“ Das ist eine disparate Situation. Es entsteht dadurch allmählich ein Ausschließungsanspruch gegenüber Nicht-Behinderten, so wie bei der afro-amerikanischen Bewegung in den USA. Diese Situation sollte für alle Minderheitengruppen eine Lehre sein: Sie müssen festlegen, was innerhalb einer bestimmten Zeit auf gesellschaftlicher Ebene erreichbar ist und was nicht. Der Schritt aus dem Minderheitenbereich in die große Politik muß genau überlegt werden.

**Voget:** Ich teile diese Analyse zu hundert Prozent.

Gespräch: Hakan Gürses  
Aus: STIMME Nr. 22 / I 1997

## DISKRETIION EHRENSACHE LESBEN, SCHWULE UND MEDIEN

Helga Pankratz

Erst wenn sie entsprechend wahrgenommen wird, kann eine Gruppe aktiv in die Gestaltung des eigenen gesellschaftlichen Schicksals eingreifen. „Coming Out“, „Going Public“, „Öffentlichkeitsarbeit“ sind deshalb das Um und Auf der Lesben- und Schwulenpolitik: Aus dem Schatten zu treten, sich die Tarnkappe vom Kopf zu reißen, die Gesellschaft damit zu konfrontieren: „Hier bin ich – hier sind wir! Es gibt uns!“

In diesem Prozeß der Sichtbarwerdung sind die Massenmedien wichtige Verbündete der Lesben und Schwulen, oft aber auch ein hinderlicher Klotz am Bein. Einige Streiflichter auf das zwiespältige Verhältnis zwischen Journalismus und Homosexualität in den letzten 30 Jahren.

„Am Anfang war die schlechte Presse“, könnte ein lesbepolitischen Märchen mit Happy-End beginnen. Schließlich brachte 1974 ausgerechnet die BILD-Zeitung die deutsche Lesbenbewegung so richtig in Schwung!

Fünf Jahre zuvor hatte es in den Vereinigten Staaten ein ähnliches Phänomen gegeben. Dort hatten die rassistischen und sexistischen Schlägertypen der New Yorker Polizei, die sich in brutalen Razzien in der schwulen Subkultur abreagierten, die Rolle der BILD-Zeitung inne. Eines Abends Ende Juni 1969 nahmen die Tunten, Transvestiten und Lesben die Demütigungen nicht mehr hin. Sie wehrten sich. Sie schlugen zurück; lieferten den Prügelpolizisten tagelang erbitterte Straßenschlachten. Das war die Geburtsstunde von „Gay Pride“ und der modernen Schwulen- und Lesbenbewegung.

Gar nicht mit körperlicher Brutalität, aber einem durchaus vergleichbaren Ausmaß an Zivilcourage wehrten sich 1974 lesbische Frauen in Deutschland: In Itzehoe fand ein Prozeß gegen zwei lesbische Freundinnen statt, die der Anstiftung zum Mord am Ehemann der einen von ihnen angeklagt waren. BILD geiferte gegen Lesben in einer beispiel-

los hetzerischen Artikelserie über „Die Verbrechen der lesbischen Frauen“. Lesbische Frauen in allen Teilen des Landes wurden aktiv. Sie gründeten Lesbengruppen und gingen auf die Barrikaden gegen die frauenverachtende, antilesbische Gewalt der „Männermafia in Presse und Justiz“. Sie gingen mit ihrer Wut, ihrem Protest und ihren Forderungen an die Öffentlichkeit – mit anderen Worten: auch in die Medien. Unter anderem erreichten sie, daß 146 Journalistinnen und 41 Journalisten den Deutschen Presserat aufforderten, die „Publikationen des Springerverlages (...) wegen ihrer Sensationsberichterstattung über diesen Prozeß zu rügen“ (dpa-Meldung vom 5. 9. 1974).

Die vorurteilsgeladene Medienhetze gegen das Kollektiv hatte eine Initialzündung zur kollektiven Wehrhaftigkeit bewirkt. Die deutsche Lesbenbewegung hatte einen Quantensprung vorwärts gemacht: sowohl bezüglich numerischer Stärke als auch bezüglich der Qualität ihres Bewußtseins.

### Österreichischer Kompromiß

Zur selben Zeit, als Deutschland erstmals lesbische Massenproteste bestaunte, schaffte Österreich gerade erst das Totalverbot homosexueller Handlungen ab. Die Strafrechtsreform brachte einen mühseligen Kompromiß zwischen SP- und VP-Vorstellungen zustande: § 129, und damit die generelle Strafbarkeit von gleichgeschlechtlicher Sexualität, wurde abgeschafft.

Vier antihomosexuelle Gesetzesbestimmungen lösten aber das alte Totalverbot ab: die Paragraphen 220 und 221, „Werbeverbot“ und „Vereinsverbot“ für Lesben und Schwule; § 210, Verbot schwuler Prostitution; und § 209 StGB, ein speziell hohes „Schutzalter“ für den schwulen Sex. Alle außer der letztgenannten sind mittlerweile abgeschafft.

Bei Überlegungen zum Bild von Lesben und Schwulen in den Medien sollten wir aber nicht übersehen, daß es in Österreich den Paragraph 220 gab, der „Propaganda für Homosexualität“ unter Strafanzeige stellte. Bis zu seiner Abschaffung 1996 hagelte es Anzeigen gegen Aufklärungs- und Informationsmaterialien, die Homosexualität als „gesund“ und „okay“ anstatt als „krank“ oder „bedauerlich“ bezeichneten. Immerhin wurden unter Berufung auf § 220 in den 80er Jahren Schriften wie der Schwulen-Gesundheitsratgeber „Sumpffieber“ oder das amerikanische Lesben-Aufklärungsbuch „A Woman's Touch“ beschlagnahmt, und in den 90er Jahren Broschüren der AIDS-Hilfe!

### Keine Propaganda

Die österreichischen Massenmedien halten sich augenscheinlich an ungeschriebene – und zum Teil an längst abgeschaffte – Gesetze: Nur ja keine

Meldungen zu bringen, die „Propaganda“ für Homosexualität bedeuten könnten. Dem Sichtbarkeitsbedürfnis der Lesben- und Schwulenbewegung steht diese Art von Diskretion höchst hinderlich im Wege. Auch der selbstbewußten Identität vieler ganz gewöhnlicher Lesben und Schwuler, die sich gar nicht großartig in der Bewegung engagieren, kommt die „noble Zurückhaltung“ der Medien in keiner Weise entgegen. Sie sind stolz und glücklich, lebendig und gesellig. Ihre Homosexualität empfinden sie als Quelle von Glück und Lebensqualität. Wissend, wie viele Tausende sie als Bevölkerungsgruppe darstellen und wie erfüllend es sein kann, gleichgeschlechtlich zu lieben, ärgert es sie, daß die Medien nach wie vor so tun, als gäbe es das alles nicht wirklich.

Zu Tausenden gehen sie z. B. im Juni auf die Regenbogenparade, zeigen Wien und der Welt ihre Lebensfreude und die Vielfalt der großen lesbisch-schwulen Familie. „Das Fernsehen ist da!“ eilt ein freudiger Aufschrei von Mund zu Mund; sie winken lächelnd in die Kamera und eilen nach der Schlußumkleidung heim, um während des Umkleidens für die große abendliche Party die *Zeit im Bild* nicht zu versäumen, in der sie – endlich! endlich! – einmal zu sehen sein werden. Doch diese Erwartung wird enttäuscht.

„Vielleicht waren es die *Seitenblicke*“, schraubt ein schwuler Student im Gespräch auf der Party seine Hoffnung auf ein realistisches Maß herunter: „Die Medien werfen ja lieber Seitenblicke auf einzelne ‚schillernde Figuren‘. Die Masse der ganz normal selbstbewußten Lesben und Schwulen interessiert sie nicht.“

„Vielleicht bringen sie's morgen im *Österreichbild*“, macht sich eine lesbische Mittelschülerin noch Illusionen über die Bereitschaft des ORF, Bilder von tanzenden, jubelnden, fröhlichen Schwulen und Lesben in Österreichs Wohnzimmer zu bringen. In den kommenden Tagen wird sie noch erfahren müssen, daß es insbesondere mit dem Transport der Bilder von Lesben, wie sie lieben und leben, durch die Medien hapert.

### Keine Lesben

Als ob die Lesben justament und mit Akribie allesamt wegetuschiert worden wären, wirken die wenigen Berichte über die Parade, die sich in Tageszeitungen und Wochenmagazinen finden. Illustriert sind sie mit Fotos von Jünglingen im ledernen Lendenschurz oder skurril ausgestaffierten Transvestiten; die mageren Texte sprechen in penetrant männlicher Sprache von „Homos“ oder „Gays“, daß die junge Lesbe angesichts der haarsträubenden Diskrepanz zwischen dem Erlebten und seiner Darstellung fast zweifelt: „Habe ich diese schöne, bun-

te Parade mit den vielen selbstbewußten Lesben und sympathischen Schwulen aller Altersstufen wirklich erlebt? Die vielen verschiedenen Transparenzen, Anliegen, Aussagen von Organisationen? Die Gruppierungen von sozialistischen, grünen und liberalen Lesben und Schwulen? Die jüdischen Lesben und Schwulen? HOSI Wien, ÖH, die waltzertanzenden Frauenpaare vom Lesben-Tanzclub? Die schwulen Bergkamera der Gruppe ‚Männer auf Touren‘? ‚Marantana‘, den lesbischen, und ‚Aufschlag‘, den schwulen Volleyballclub? Den Lesbenchor ‚Sappho Singers‘, die Lesben in Rollstühlen? Die Abordnungen von Lesben und Schwulen aus Prag, aus Linz, aus Graz? – Oder habe ich das alles nur geträumt?“

### „Ehrenkodex“

Die Massenmedien befolgen sorgsam einen „Ehrenkodex“: jemandes Homosexualität nicht leichtfertig publik zu machen. – Wie viele Menschenleben konspiratives Schweigen von Journalistinnen in Zeiten totalitärer Verfolgung gerettet haben mag, werden wir nie genau beziffern können. Historisch betrachtet verdient dieses Ethos hinter der Verschwiegenheit Dank und Anerkennung. Doch schützendes Schweigen, das angemessen war zu Zeiten, als staatlich verordneter Mord und Totschlag gegen Lesben und Schwule herrschte, kann unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen zum blockierenden Mauern werden, zum Zurückhalten von Information; kurz: zur Zensur.

Eine sogenannte „Schweigespирale“ baut sich auf, ein „Geheimnis“ wird künstlich aufrechterhalten, das zu durchbrechen umso mehr Mut und Kraft erfordert, je länger das Verheimlichten gedauert hat. Und letztlich entsteht dadurch für alle Beteiligten auch ein unangenehmes Gefühl von Verlogenheit. Ein derartiges mediales Klima ist der ideale Nährboden für Outing-Skandale. Denn diese entstehen sehr häufig aus der bis ins Unerträgliche angewachsenen Spannung zwischen schwuler oder lesbischer Lebenswirklichkeit und heterosexuell eingefärbter Medienlüge. Wenn die Schwelle des „ganz normalen Redens“ über Homosexualität etwas niedriger wäre, würde gewiß vielen Menschen, die im Licht der Öffentlichkeit stehen, viel persönliches Leid erspart.

### Zeitvergleich

Wolfgang Förster, vor 20 Jahren der erste Obmann der HOSI Wien, hat Anfang der 80er Jahre Berichte über Schwule in österreichischen Tageszeitungen und im *profil* analysiert. „Verbrechen und Krankheit“, zählt Förster im Gespräch die häufigsten Zusammenhänge auf, in denen Schwule erwähnt

wurden: „Erpressungen, Morde, menschliche Tragödien; kranke, schwache, leidende Schwule.“ Und er betont, daß die ständige Wiederkehr der Zuschreibung von Krankheit damals noch nicht das geringste mit AIDS zu tun hatte. Denn seine Studie war abgeschlossen, bevor AIDS bekannt wurde. Ein gutes Fundament für die kraß antischwul gefärbte erste Welle der AIDS-Berichterstattung war damit aber zweifellos vorhanden.

„Die wenigen Berichte, die in den Medien auch sympathisierende Reaktionen auslösten, gingen auf Selbstthematisierung aus den Reihen der Schwulenbewegung zurück“, erinnert Förster an legendäre Aktionen der frühen 80er – wie die zwei nackten Männer beim Neujahrskonzert oder Flugblätter werfende Lesben und Schwule beim Opernball. „Selbstskandalisierung“ nennt er diese, sich den Medien als berichtenswerte Sensation aufdrängende Form aktionistischer Öffentlichkeitsarbeit.

„Die Medien berichten sicher mehr als früher, und nicht mehr so negativ getönt wie früher“, umreißt die jetzige HOSI-Obfrau, Waltraud Riegler, was sich seit damals verändert hat: „Aber sie berichten oberflächlich und sensationslüstern. Schwuler Chic und Lifestyle sind im Fernsehen ein beliebter Aufputz. Hie und da werden sogar ein paar mondäne Lesben vorgeführt. Aber nach wie vor“, setzt sie nach, „ist gerade das Verschweigen von Lesben ein wirklich massives Problem.“

Eine der Ursachen dafür, daß die Existenz von Lesben so speziell unsichtbar gehalten wird, liegt im sprachlich undifferenzierten Subsumieren. Ein ganz aktuelles Beispiel dafür fällt Waltraud Riegler auf der Stelle ein: „Prozeß Schwule gegen Diemann wird neu verhandelt“, lautet eine Schlagzeile im *Standard* vom 13./14. 2. 1999. Dabei handelt der Textbeitrag unter dieser „Schwulen“-Schlagzeile sehr wohl auch von Lesben, die unter den 48 KlägerInnen gegen antihomosexuelle Hetze durch das rechtskatholische Blatt *Der 13.* einen erklecklichen Anteil ausmachen. „Mindestens jeder zweite ‚Schwule‘ in dieser Angelegenheit ist in Wirklichkeit eine Lesbe!“, bringt es Riegler auf den Punkt.

Das größte Anliegen der Schwulen- und besonders auch der Lesbenpolitik im Umgang mit den Medien bleibt also nach wie vor der Wunsch nach viel mehr Sichtbarkeit.

Helga Pankratz  
ist Autorin und Kabarettistin;  
sie ist seit 18 Jahren in der  
österreichischen Lesben- und  
Schwulenbewegung engagiert.



## „RASSISMUS ZERSTÖRT DIE EIGENEN STRUKTUREN“

Vladimir Wakounig, stellvertretender Vorsitzender des Zentralverbandes slowenischer Organisationen und Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten, Assistent an der Universität Klagenfurt und Co-Autor des Sammelbandes „Antirassistische Pädagogik in Europa. Theorie und Praxis“ (Hg.: A. Aluffi-Pentini, P. Gstettner, W. Lorenz, V. Wakounig. Drava Verlag: Klagenfurt 1999), vertritt in seinem Beitrag die Auffassung, daß innerhalb von Minderheiten die Kategorie der nationalen Identität auch zum Werkzeug des Rassismus werden kann. Im Gespräch mit Andreas Leben erläutert der Autor am Beispiel der Kärntner Slowenen, wie er diesen Rassismus begreift.

**STIMME:** In Ihrer Einleitung zur Studie über Rassismus und Nationalismus bei den Kärntner Slowenen sind Sie in der Wortwahl sehr vorsichtig. Warum?

**Vladimir Wakounig:** Ich bin mit dem Artikel zunächst an die Öffentlichkeit gegangen. Als ich ihn geschrieben habe, war er einem speziellen Publikum in Wien gewidmet. Ich wollte vorsichtig das Gebiet umreißen, innerhalb dessen ich mich bewegen wollte. Die Vorsicht ist aber auch ein Ausdruck meines Interesses, warum ich diese Frage überhaupt anschnide. Sie interessiert mich aus zweierlei Gesichtspunkten. Als politisch engagierter Mensch beschäftigt es mich persönlich, denn ich sehe, welche Konsequenzen rassistische Verhaltensweisen zeigen, wenn es zur Zerstörung von gewachsenen Strukturen und Beziehungen kommt. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus interessiert mich der Blickwinkel, wie weit eine Minderheit durch ihr Agieren ebenso einen Teil des gesellschaftlichen Prozesses des Rassismus darstellt. Ich wollte sehen, ob die Minderheit mit diesem Phänomen kritischer umgeht oder ob sie es kopiert oder es in ihrer Politik ebenso durchsetzen will.

**Das heißt, die Minderheit ist auch der Spiegel einer vom Rassismus durchwobenen Gesellschaft?**

Gegen Ende des Artikels komme ich zu diesem Schluß, wenn ich sage, daß die Minderheit Teil dieses gesellschaftlichen Prozesses ist und sich nicht von ihm abkoppeln kann. Für sich beansprucht die Minderheit, etwas Besseres zu sein, weil sie in der Vergangenheit unterdrückt wurde und unter dem Rassismus gelitten hat. Appelliert sie nun an die Mehrheit und an die politisch Verantwortlichen, sie mögen sich gegen den Rassismus stellen, kann das die Minderheit nur dann tun, wenn sie sich selbst explizit in den Kampf gegen den Rassismus einbindet. Sie muß auch ihre eigenen Reihen dahingehend durchleuchten, inwiefern sich da die Leute anders verhalten, sie nicht mehr in die Minderheiten-Normalität passen, die man von früher gewohnt ist.

**Man könnte also die These formulieren, daß die Minderheit in dem Ausmaß rassistisch ist, wie es eben auch die Mehrheitsbevölkerung ist?**

Heute würde ich sagen, ja. Sie ist ebenso rassistisch wie die Mehrheit. Die Minderheit, wie sie heute lebt, ist derart in den allgemeinen Kärntner Strukturen verzweigt, daß sie ein Teil der Kärntner Realität ist. Ihr Rassismus ist jedoch nicht gegen die Mehrheitsbevölkerung gerichtet, weil man weiß, daß man da nichts auszurichten hat.

**So gesehen wird die Minderheit auch in dem Sinn zu einem integralen Bestandteil der Mehrheit, daß sie unter dem Druck der Mehrheit steht. Handelt es sich hier nur um einseitige Einflüsse?**

Eigentlich haben wir es mit zweierlei Einflüssen zu tun. Minderheiten sind nicht unschuldig. Ich meine, daß sich der Rassismus innerhalb der slowenischen Strukturen dann am bemerkbarsten macht, wenn sich die Minderheit in ihre Intimität zurückzieht. Diese Intimität stellt für mich eine Entwicklung dar, die so alt ist wie der Kapitalismus. Man versucht, die öffentlichen Strukturen so weit als möglich auszuschließen, weil es in diesen Strukturen einer völlig anderen Art der Kommunikation und der Verbindungen bedarf. In der Intimität bestimmt die Minderheit die Verhaltensnormen. Sie kann sagen: „Du bist bloß einer von uns, was willst du dich anders verhalten.“ Und je größer diese Abschottung ist, desto leichter ist es, den Rassismus nach innen zu fördern.

**Worin äußert sich dann ein so verstandener Rassismus bei den Kärntner Slowenen konkret?**

Wir Slowenen können uns nicht nach irgendwelchen äußeren Merkmalen unterscheiden. Und heute macht der Rassismus auch keine Unterschiede mehr zwischen schwarzer und weißer Hautfarbe. Er definiert sich durch kulturelle und andere Merkmale. Ich versuche, das nationale Bewußtsein auf die biologische Ebene zu übertragen. Innerhalb der slowenischen nationalen Strukturen spricht man von einem „gesunden Kern“. Dies ist

wiederum etwas Biologisches. Das nationale Bewußtsein wird mit dem „gesunden Kern“ verbunden, und nun entsteht die Notwendigkeit, dieses nationale Bewußtsein zu definieren. Wer ist national bewußt? Nur derjenige, der sich in ein ethnisches Kataster eintragen läßt, der nur für eine einzige politische Vertretung ist, der auf gewissen parapolitischen Wahlen besteht und ähnliches. Dieses Bündel neuer Kategorien dient dazu, die Macht zu erobern oder die Herrschaft über jemanden zu erlangen, um ihn dann ausmerzen zu können. Das ist eine Parallele zu jeder Definition von Rassismus.

**Dieses Phänomen kennt man auch schon aus den 30er Jahren, aus der Zeit des Austrofaschismus.**

Ich habe mich als Pädagoge zu wenig mit diesem Vergleich beschäftigt; ich kann aber anmerken, daß die damaligen Ansätze ähnlich waren. Jene, die auf dem nationalistischen Schlachtroß reiten, fallen einem „gesellschaftlichen Wissen“ anheim. Der Rassismus ist in seinem Wesen ein „gesellschaftliches Wissen“; das, was anerkannt ist. Jeder weiß, welche Diktion er verwenden muß, um jemanden auszugrenzen und zu beherrschen. Gewissermaßen stimmt es, daß die rechte politische Elite bei den Slowenen Begriffe aus den 30er Jahren aufgreift, aber in der Adaption bedeuten sie nicht ganz dasselbe. Wenn man vom „gesunden Kern“ spricht, meint man eigentlich die nicht ganz gesunden Ränder.

**Werden darin nicht auch Parallelen zur freiheitlichen Politik sichtbar, zu deren Strategie nationalistischer Politik?**

Für mich sind das Parallelen. Teilweise haben sie sich schon zu Haider's erster Amtszeit gezeigt. Damals hat er mit viel größerem nationalistischem Elan die Macht in Kärnten angetreten. Sehr schnell ist es auch zu einer Verbindung des Rats der Kärntner Slowenen mit den Strukturen der *Kärntner Einheitsliste (eigenständige slowenische Partei, die in Kärnten auf Gemeinde- und Landesebene kandidiert; Anm. d. Red.)* gekommen. Im neuen Landeshauptmann

hat man auch das Potential für eine Politik gesehen, mit der man sich endlich jener Konzepte entledigen kann, die auf eine Lockerung der ethnischen Strukturen hinauslaufen. Für mich hat der Deutschnationalismus seine Entsprechung auch in den slowenischen Strukturen.

**In Ihrem Beitrag führen Sie exemplarisch einige Aussagen von Journalisten und politischen Vertretern an, die die ethnische Identität zur Wesensfrage machen. Was sollen diese Aussagen beweisen?**

Für den analytischen Diskurs ist es wichtig, was jemand medial vermitteln will. Das macht den Effekt. Interessant ist die Botschaft, und sie formt auch jenes rassistische Wissen der Gesellschaft. Man sorgt für die gesellschaftliche Anerkennung der Dinge. Würde man in die Intimität dieser Kreise vordringen, wäre der Rassismus noch bei weitem aggressiver als in diesen Zitaten. Ich bin davon überzeugt, daß der rassistische Diskurs in der Privatsphäre noch viel unmenschlicher und gewaltträchtiger ist.

**Demnach ergibt sich ein klarer Widerspruch zwischen solchen Aussagen und der Behauptung, man arbeite für das Wohl der Volksgruppe?**

Charakteristisch für alle rassistischen Verhaltensweisen ist es, daß man in letzter Konsequenz immer jene Struktur zerstört, aus der man selbst hervorgegangen ist. Wenn wir die schlimmste Form von Rassismus näher betrachten, das nationalsozialistische Regime, war es in der Endphase gegen sich selbst gerichtet und hat sich selbst zu Fall gebracht. Zwar nicht ideologisch, aber formal. Wenn ich das ehemalige Jugoslawien als Beispiel heranziehe, so haben alle, die mit der Zerteilung begonnen haben – auch in Jugoslawien selbst, wenn ich an Milošević und andere denke – immer auch die Strukturen zerstört, und sie werden das weiterhin tun. Auch wenn der Vergleich extrem ist: Wenn ich nun die Bestrebungen des *Rats der Kärntner Slowenen* oder der rechten kärntnerslowenischen Politiker hernehme, die in den 90ern mit der Kampagne gegen beide bzw. die eine Zentralorganisation begonnen haben, so sind sie heute bereits so weit, daß sie die Auflösung beider für notwendig erachten. Das heißt, sie zerstören auch ihre eigene Struktur, weil sie nicht einmal ihr ver-

trauen. Und gerade diese Reduktion der Pluralität bedeutet, daß man in eine noch engere Intimität rückt, als es sie ohnehin schon gibt. In diese Struktur werden dann nur noch jene aufgenommen, die man selbst als Vertrauensleute auserwählt. Solange es zwei Organisationen gibt, besteht zumindest zu einem gewissen Maß auch eine öffentliche Kultur. Es muß sie geben, denn in einer bestimmten Phase muß man das Gespräch suchen und mit seinen Konzepten an die Öffentlichkeit treten. In der reinen Intimität braucht man die öffentliche Kultur nicht mehr.

**Wie kann man einer Verengung der öffentlichen Kultur vorbeugen?**

Wichtiger denn je ist es, beide Zentralorganisationen zu verpflichten, sich der gegebenen Pluralität innerhalb der Kärntner Slowenen bewußt zu sein. Auch der *Rat der Kärntner Slowenen* muß primär unterstützt werden, damit er seine Strukturen erhalten kann und nicht vor jenen in die Knie geht, die aus Machtinteresse an der Zerstörung beider Organisationen arbeiten. Der Rat erweist sich in seiner derzeitigen medialen Besetzung keinen guten Dienst im Sinne einer offenen Kultur in den Beziehungen zu Slowenien, den slowenischen Strukturen in Kärnten und den anderen slowenischen Grenzregionen. Früher ist es im „Naš tednik“ (*Wochenzeitung des Rats der Kärntner Slowenen; Anm. d. Red.*) um die Zentralorganisationen gegangen, um bewußte Slowenen und Assimilanten. Jetzt stößt man auf einen anderen Dualismus: das Land und die Zentralen. Am Land leben lauter brave Slowenen, in Klagenfurt lauter bössartige Assimilanten, die nur auf den eigenen Profit aus sind. Als ob am Land alle Banken, alle Genossenschaften für das Allgemeinwohl sorgen würden. In Klagenfurt sind aber die „professionals“, denen der Hahn zugedreht werden muß. Der Rassismus von heute hat mit Ethnisierung zu tun. Es geht immer um Machtstrategien, mit denen man andere schwächen, ihnen zum eigenen Vorteil schaden will. Was hinzukommt, ist, daß es sich auch um neue Grenzziehungen handelt. Im Kontext der Volksgruppen handelt es sich um eine neue Kategorie, wenn vom „gesunden“ und „schwachen“ Kern die Rede ist. Da ist jene Trennlinie, die die Guten von den Bösen trennt und die Le-

bensfähigen von jenen, die kein Überleben verdienen.

Ich bin in einer Zeit mit starker nationaler Färbung aufgewachsen. Damals ging es ums Überleben, als man von mir und meinen Kollegen das Bekenntnis zum Slowenentum abverlangt hat. Nirgendwo in der Bildung wurde einem jedoch beigebracht, daß man auch seinem eigenen Hintergrund gegenüber kritisch sein muß. Für mich ist das die Basis dafür, daß es innerhalb der Minderheit überhaupt zu Veränderungen kommen kann. Wenn in der Kulturarbeit der kritische Zugang fehlt, kann nicht klar werden, was Rassismus eigentlich bedeutet. Die Basis der permanenten ethnischen Färbung „Sei stolz auf deine Kultur!“ ist eigentlich die Grundlage für rassistische Handlungsweisen. Heute vermisse ich die kritische Reflexion. Das ist eine Sache der interkulturellen Erziehung. Man muß den Kärntner Slowenen zeigen, was in der Geschichte nicht richtig war und was heute falsch ist.

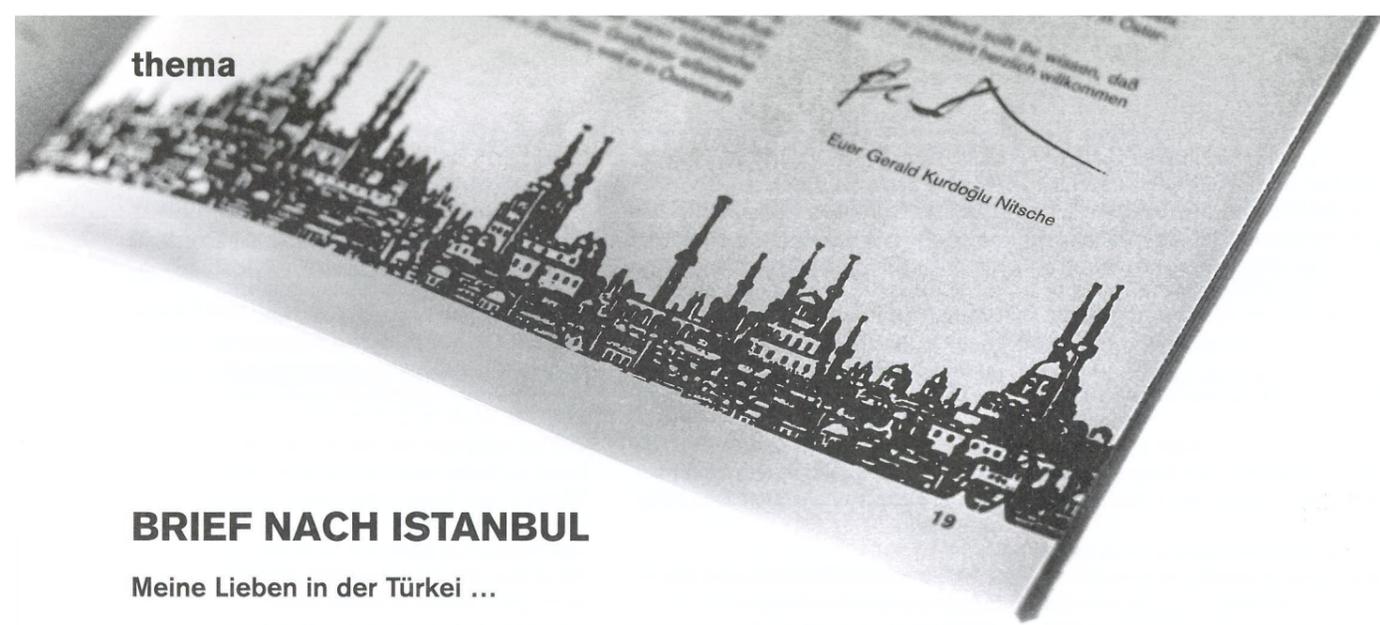
**Wie sehen die denn die zukünftige Entwicklung?**

Ich denke, daß die rechte politische Elite der Kärntner Slowenen von der üblichen Diktion fast abgekommen ist; das ist eine schlimme Konsequenz der Political correctness. Momentan tritt dieser Land-Zentralen-Dualismus in Erscheinung; eine ganz neue Diktion. Ich will damit sagen, daß ein Rassist höchst erfinderisch ist. Er bleibt bei seinem Konzept, er verändert bloß die Begriffe und die Kategorien. Für mich wäre es sehr schicksalhaft, wenn es zu Trennungsstrukturen innerhalb des Bildungssystems käme, was angesichts des neuen Landeshauptmannes nicht ausgeschlossen ist. Hypothetisch gesprochen, meine ich, daß es zu einem noch engeren Austausch der zweisprachigen Bildungsstrukturen mit jenen, die sich nicht zweisprachig definieren, kommen muß. Nur so kann sich ein gewisses Korrektiv entwickeln.

Aus: STIMME Nr. 31 / II 1999, leicht gekürzt

(Anmerkung der Redaktion: Vladimir Wakounig ist seit Anfang 2003 Obmann der Initiative Minderheiten.)





## BRIEF NACH ISTANBUL

Meine Lieben in der Türkei ...

... in der letzten STIMME konnte ich noch einmal von Istanbul nach Hause berichten, so wie in den vergangenen sechs Jahren, jetzt erzähle ich Euch (hier in der nicht reformierten Rechtschreibung, denn ich finde es eine schönere Ausdrucksweise, wenn das Du und Dir und Euch ... weiterhin groß geschrieben wird und nicht nur das höfliche Sie – als Euer ehemaliger Deutschlehrer, meine lieben Schülerinnen und Schüler, müßte ich es Euch anders lehren, aber das bin ich ja jetzt nicht mehr), ich berichte also, was sich hier in Österreich und in meiner näheren Umgebung alles tut. Ich weiß nicht, ob sich da immer wirklich Berichtenswertes ereignet, aber ich werde jedenfalls aufmerksam beobachten.

Ich danke Euch, daß Ihr mir so einen Abschied bereitet habt, das kann man sich in Österreich gar nicht vorstellen, denn die Schüler-Lehrer-Beziehung ist hier eher distanzierter und kühler, außer man ist ein Lehrer im Stil von „Gott Kupper“, dann können sich sehr wohl Gefühle einstellen, aber nicht solche, die Ihr mir gezeigt habt.

Weil ich dort so viel Freundlichkeit und Gastfreundschaft erlebt habe, tut es mir besonders weh und macht mich zornig, wenn hier Ausländer, und speziell Türken, schlecht behandelt und diskriminiert werden. Das war in letzter Zeit und im Wahlkampf besonders arg. Eine Umfrage stellte fest, daß ein Drittel der Österreicher ausländerfeindlich sei, man kann es fast nicht glauben, aber das Wahlergebnis scheint es zu bestätigen. Wobei festzustellen ist, daß sich die Ausländerfeinde nicht nur in den Reihen der FPÖ befinden. In Sorge um die Zustände bei uns habe ich einen Leserbrief verfaßt; er wurde wegen zu großer „Angriffigkeit“ vom Herausgeber der Zeitung nicht gebracht. Hier der zu angriffige Text (etwas gekürzt):

Vom Kinderscheck zum Ausländer-scheck spannt sich der Bogen der Wahlwerbung der sogenannten Frei-

heitlichen und ebensolchen Unabhängigen, *Stop der Überfremdung!* und *Er spricht unsere Sprache!* und *Ein echter Österreicher!* ... Schamesröte steigt mir ins Gesicht, wenn sich mir, dem Heimkehrer aus dem Ausland, derartige Parolen, ausländerfeindliche Slogans breitbeinig in den Weg stellen. Da wird mir eng, und eine Last legt sich mir auf die Atmung. Eben nach Jahren wieder aus der Türkei heimgekehrt, wo man zwar zur Zeit nach der Erdbebenkatastrophe andere Probleme als Haiderei und Lugnererei hat, entdecke ich mit Entsetzen, daß trotz EU und Streben nach Internationalität und guter Position auf dem Weltmarkt ein unsympathischer, dummer, kleinkarierter Provinzialismus, der sich in Rassismus und Faschismus äußert, breite Zustimmung und Anhängerschaft sucht und findet. Diese Parolen spielen dummschlau mit der Uninformiertheit und der Angst kleiner Leute – jener nämlich, die nicht wissen, daß Europa vor 150 Jahren arm und ein Auswanderungskontinent war: 50 Millionen Europäer verließen von 1820 bis 1930 aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat; die Zahl entspricht etwa einem Fünftel der damaligen Gesamtbevölkerung Europas. Viele Österreicher und bekanntlich auch Tiroler (Pozuzo, Dreizehnlinden ...) waren unter ihnen. Auch in die Gegenrichtung wurde gewandert, die österreichischen Kernlande, besonders die Reichshauptstadt Wien, zogen aus der großen Habsburgermonarchie viele Menschen an. Woher kämen denn dann die Kabas, Albertini, Banffy, Bilgeri, Carotta, Caumont, Codemo, Crepez, Czerny, Dellemann bis Venier, Zerza (zufällige Auswahl aus dem Landecker Telefonbuch)?; meine Nitsche-Ahnen waren böhmische Leinenweber, mein Großvater arbeitete 40 Jahre in Brasilien, weil er in Österreich in seinem Beruf keine Arbeit fand. Das aktuelle sogenannte „10. Bundesland“, die AuslandsösterreicherInnen, darf in solchem Zusammenhang natürlich nicht verges-

sen werden. Fast gleich viele sind es, wie Ausländer bei uns sind; ich selbst war acht Jahre einer davon, nicht aus Not – wie viele der Ausländer bei uns. Jene, die sich durch Ausländer-raus!-Slogans ansprechen lassen, wissen das alles wohl nicht und auch nicht, daß die österreichische Bundesregierung Anfang der 60er Jahre mit Jugoslawien und der Türkei Verträge abschloß, weil Österreich dringend Arbeiter brauchte; sie haben an dem damaligen österreichischen Wirtschaftswunder mitgearbeitet und es erst ermöglicht. Das Anwerbebüro in Istanbul wurde erst vor wenigen Jahren geschlossen. Wenn Kärnten von Haiders Ungnaden keine Ausländer mehr aufnimmt, dann sollten Ausländer (vielleicht auch mit ihnen sympathisierende Inländer) das ernst nehmen, nicht hinfahren und lieber Urlaub in anderen Bundesländern machen: Touristen sind ja meist auch Ausländer, also Touristenboykott gegen Ausländer-stop!

WIR ALLE SIND AUSLÄNDER – FAST ÜBERALL! (Klaus Staeck)  
Gerald Kurdoğlu\* Nitsche

(\* den türkischen Namen – Sohn des Kurt – trage ich seit Jahren als „nom de guerre“, als Ausdruck des Protests gegen Ausländerfeindlichkeit in Österreich.)

Abschließend sollt Ihr wissen, daß Ihr bei mir jederzeit herzlich willkommen seid.

Aus: STIMME Nr. 32 / III 1999

## EIN JAHRZEHT MIT MINDERHEITEN

Michael Örtl

Es bedarf einiger Anstrengung, sich aus dem Getriebe des März 2001 zu lösen und im Geiste die Zeit von 1988 zu besuchen. Ein gewisser Michael hatte sich in den Kopf gesetzt – wie viele –, die Welt in seinem Sinne anzustoßen. Genug hatte er diskutiert und vor sich hingeträumt. Die Frage der Minderheiten, damals waren es für ihn die ansässigen Volksgruppen, ging ihm nah. Es war ihm klar, daß er Gleichgesinnte ansprechen mußte, um etwas bewegen zu können. Die Schaffung eines „Jahres der Minderheiten in Österreich“ schien ein geeigneter Aufhänger zu sein.

So schlüpfte ich jetzt in die Haut dieses M. und klappere in meiner Freizeit auf Büros ins Reich der Träume verbannt habe, so kommt es jetzt Schlag auf Schlag: Gelder aus öffentlichen Töpfen (Wien und Tirol), Räumlichkeiten, Anfänge von bezahlten MitarbeiterInnen: 1991 in Wien (Marlies Krainz), 1992 in Innsbruck (Sabine Pitscheider). Das Glück ist mit uns. Wer oder was kann das Minderheitenjahr stoppen?

1992 verfehlen wir das angepeilte Ziel, die österreichische Bundesregierung zur offiziellen Ausrufung des Minderheitenjahres 1993 zu bewegen. Daraufhin beschließen wir, d. h. der Vorstand der IMJ, die Verschiebung des Termins auf 1994 – auf mein Betreiben, was wahrscheinlich ein strategischer Fehler war. Aber die Konsequenzen sind tiefgehender.

Mein Anliegen war es gewesen, mittels des Minderheitenjahres die „guten Seiten Österreichs“ zu bündeln und dadurch zu verstärken. Das Anklagen, das Anprangern von Mißständen sind meine Sache nicht. Daß die Bundesregierung in Person von Kanzler Vranitzky vor dieser Partnerschaft zurückschreckte, hat die IMJ zwangsläufig in eine Richtung der zivilen Opposition (heute würden wir sagen: Widerstand) geführt, die ich nicht mehr gut verkörpern konnte. Ich übergab die Leitung der IMJ an Ursula Hemetek. Das war 1995. Aus der IMJ war die IM – die Initiative Minderheiten geworden.

Meine eigene Tätigkeit mit und für Minderheiten konzentrierte sich nunmehr auf mein näheres Lebensumfeld Tirol. Das ist eine eigene Geschichte, die ich vielleicht an anderer Stelle ausbreiten darf.

Ich bin also von dem Surfbrett, das mich auf der Welle hielt, herab gestiegen und lebe seither wieder auf der Erde ... Dabei habe ich bemerkt, daß sich noch ein weiterer Traum nicht erfüllt hat. Ich hatte mir die IM als ein Sammelbecken von lokalen Gruppen vorgestellt, die mit ähnlichen Zielen auf ähnliche Weise an Menschen und ihre Probleme herangehen, als „Tausend Blumen“, die sich schneeballartig verbreiten und bisweilen auch wieder vergehen. In der Realität ist die IM zu einer fähigen Organisation

geworden, deren Tätigkeit sich vor allem aus den Büros heraus abspielt und die wunderbare Projekte macht. Das ist gut. Aber vielleicht ist beides möglich. Ich gebe den Schneeballtraum nicht auf.

P.S.: Ich habe in diesen Zeilen Gelegenheiten gefunden, einige Weggefährten und -gefährtinnen namentlich zu erwähnen. Viele weitere konnte ich nicht nennen. Ich hoffe, sie alle nehmen meinen pauschalen Dank an! Drei Personen möchte ich noch besonders danken, die nicht mehr leben und von denen mir jeder auf seine Weise geholfen hat: Theodor Veiter, Anton Andorfer, Vinko Pašalić.

Aus: STIMME Nr. 38 / I 2001



## INITIATIVE MINDERHEITEN 1991-2001 WANDEL UND DEUTUNG

Ursula Hemetek

Die Initiative Minderheiten ist in diesen ersten zehn Jahren gewissermaßen zu einer Institution im Minderheitenbereich geworden. Eine Bilanz von der Obfrau der Organisation.

### Die Anfänge

Anno 1991 wurde ein Verein gegründet, der sich *Initiative Minderheitenjahr* nannte. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, Minderheiten als einem Teil der österreichischen Gesellschaft zu mehr Akzeptanz zu verhelfen. Das Minderheitenjahr sollte ein Mittel dazu sein im Sinne von positiver Öffentlichkeitsarbeit, aber auch als Artikulationsplattform der Betroffenen selbst. Ich war an der Gründung beteiligt, gemeinsam mit einigen anderen. Sehr viele waren wir damals noch nicht, und wir haben auch nicht vorausgesehen, wie sich dieses Pflänzchen entwickeln würde. Michael Örtl hatte 1988, im „Bedenkjahr“, begonnen, Gleichgesinnte zu suchen, die die Idee der Ausrichtung eines „österreichischen Minderheitenjahres“ mittragen und vortreiben würden. Er hatte zunächst nur an ethnische Minderheiten, im besonderen an Volksgruppen gedacht. Die Beschränkung auf diese wurde uns damals auch von seiten der Politik verschiedentlich nahegelegt. Volksgruppen sind eine relativ klar zu definierende Gruppe, eine auch vom Gesetz her ausgewiesene Größe mit organisatorischer Infrastruktur, mit VertreterInnen als AnsprechpartnerInnen für eine Kooperation. Aber unter den damaligen Gleichgesinnten, den AktivistInnen der ersten Stunde, waren einige, die sich entweder keiner Volksgruppe zugehörig fühlten, das auch gar nicht konnten, weil sie „Ausländer“ waren, oder sich überhaupt nicht aufgrund ihrer ethnischen Herkunft definierten, sondern vielmehr aufgrund anderer Merkmale diskriminiert fühlten. Es war z. B. ein Ilija Zogorac oder ein Ilija Jovanović, der eine „Tschuschenseelsorger“ aus Bosnien, der andere Rom aus dem ehemaligen Jugoslawien; oder Hans Peter Schatz von der HOSI Innsbruck. Die Diskussionsbeiträge dieser AktivistInnen waren es, die letztlich den Grundstein legten für jenen weiten Minderheitenbegriff, den wir für unsere zukünftige Arbeit wählten:

„Eine Minderheit sind Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen, sozialen oder religiösen Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung Diskriminierung erfahren. Diskriminierung ist politisch als Aus-

schluß von bestimmten Rechten zu sehen, sozial als die Erfahrung von Vorurteilen und Ausgrenzungen. Dazu gehören in Österreich unter anderem die gesetzlich anerkannten Volksgruppen ebenso wie die MigrantInnen und Flüchtlinge, Lesben und Schwule, Menschen mit Behinderung.“

Mit diesem Minderheitenbegriff standen wir nun vollkommen allein in Österreichs politischer Vereinslandschaft. Andererseits waren aber die Kooperationsmöglichkeiten durch den breiten Ansatz weit gesteckt. Daß wir eine Plattform sein wollten und keine Vertreterorganisation, kristallisierte sich sehr bald heraus, und demzufolge war die Kooperation mit verschiedensten Minderheitenorganisationen von Anfang an ein Grundprinzip der politischen und kulturellen Arbeit.

### Der Wandel

Der Minderheitenbegriff war in diesen zehn Jahren zwar Gegenstand intensiver Diskussionsprozesse, letztlich hat er sich aber als tragfähig erwiesen. Was als neuer Denkansatz in der NGO-Szene begonnen hatte, wurde relativ bald von innenpolitischen Ereignissen bestätigt. Die „Ausländer“ waren bereits ab 1990 Gegenstand der öffentlichen Diskurse; der Ton wurde zunehmend rauher. Zugewanderte und Flüchtlinge wurden zum Spielball der Innenpolitik. Es wurden immer restriktivere Gesetze erlassen. Die Polemik besonders einer politischen Partei erregte die Gemüter beider Seiten (eine gewisse Polarisierung war bereits damals eingetreten) und gipfelte im „Ausländervolksbegehren“, das andererseits durch den Zusammenschluß der „Gutmenschen“ im Lichte am 23. Jänner 1993 bekämpft wurde. Im Dezember 1993 kamen die ersten Briefbomben. Die Welle des Terrors gegen alles, was „anders“ war, die Übergriffe gegen Behinderte und Homosexuelle waren ein deutliches Signal von rechts und fanden ihren grausigen Höhepunkt im Attentat von Oberwart am 4. Februar 1995. Für unsere Initiative hatte diese Entwicklung Konsequenzen. Das Minderheitenjahr stand bevor, und es setzte eine intensive

Diskussion darüber ein, wozu es dienen sollte, wie auch über unsere politischen Ziele. Es vollzog sich ein Wandel. Es war nicht mehr nur notwendig, Vorurteile abzubauen, die Mehrheit durch Weitergabe von Information den Minderheiten gegenüber positiv zu stimmen, Diskurse zu eröffnen, PolitikerInnen zu sensibilisieren und eindrucksvolle Kulturveranstaltungen zu organisieren. Das alles ist wichtig und wurde und wird auch weiterhin als ein Standbein der Initiative gesehen, aber das Bewußtsein, sich wehren zu müssen, wurde auch immer stärker.

Dieses Bewußtsein kristallisierte sich im Begriff der „minoritären Allianz“. Die „Tagung der Minderheiten“ (Dezember 1994) bildete den „Höhepunkt der Bemühungen, den teilweise hergestellten Dialog zwischen Minderheitengruppen in eine kontinuierliche Solidarität und in konkrete Bündnisformen umzuwandeln. Diese Veranstaltung war eine Begegnung, ein gegenseitiges Kennenlernen der Interessen und Forderungen, vor allem aber ein Blick über die eigenen kommunitären Mauern – über Mauern, die zugleich schützen und vernichten. Isolation heißt Geborgenheit, aber auch Begrenzung des eigenen Lebens- und Spielraums“ (Hakan Gürses, STIMME 13 / 1994: 2).

Die Veranstaltung verlief erfolgreich, und viele Ideen wurden geboren. Manche wurden wieder vergessen oder nicht umgesetzt, eine aber, damals noch als Utopie formuliert, scheint jetzt Realität zu werden: das Antidiskriminierungsgesetz (siehe STIMME 37 / IV 2000). Miteinander daran gearbeitet haben tatsächlich verschiedene Minderheitengruppierungen, und letztlich ist dies eine Auswirkung oder auch ein Ausdruck der „minoritären Allianz“.

Die Entwicklung der Ziele der *Initiative Minderheiten* geht von einem anfänglichen – noch relativ diffusen – Einfordern der Akzeptanz der Vielfalt hin zum klaren Ziel der Schaffung einer „minderheitengerechten Gesellschaft, in der individuelle Lebensentwürfe unabhängig von Merkmalen wie ethnischer, sozialer oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Behinderung als

gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt sind“ (Leitlinien der *Initiative Minderheiten* 2000).

### Die Deutung

Ich kann die Rolle der *Initiative Minderheiten* nur aus der Innensicht heraus interpretieren und Schlüsse aus den persönlichen Erfahrungen der letzten Jahre ziehen.

Innerhalb der „Szene“ erfüllt die *Initiative Minderheiten* verschiedene Funktionen:

- Als Partnerin für verschiedenste gemeinsame Projekte, weil wir uns als verlässlich und kompetent erwiesen haben.
- Als Katalysatorin in verschiedensten Gremien, in denen es darum geht, Allianzen der verschiedenen Minderheitengruppen herzustellen und Betroffene zu Wort kommen zu lassen.
- Als Kompetenzzentrum, da in der *Initiative Minderheiten* aufgrund der weitgeküpften Kooperationsnetze sehr viel an Information zusammenläuft.
- Als politisch unabhängige Organisation, die sich ihren Zielen, nicht aber einer politischen Partei verpflichtet fühlt.
- Als Ideengeberin/Initiatorin oder Trägerin für verschiedenste innovative Projekte, sei es im Bildungs-, Medien- oder Kulturbereich.

In der Öffentlichkeit ist der Bekanntheitsgrad der *Initiative Minderheiten* relativ gering. Wir sind nicht das „minderheitliche Gewissen der Nation“, das sich immer öffentlich zu Wort meldet, wann immer etwas anfällt. Es ist Gegenstand anhaltender interner Diskussionen, ob das nicht wünschenswert wäre. Der Plattformcharakter und der weite Minderheitenbegriff erschweren einen medialen Aktionismus. Oft tritt die *Initiative Minderheiten* in die zweite Reihe zurück, wenn es um mediale Kampagnen geht, denn es ist das Ziel, den Betroffenen

selbst eine Plattform zu bieten. Sie vertreten sich selbst und werden nicht durch die *Initiative Minderheiten* vertreten. Außerdem liegt es wohl auch daran, daß der politische Aktionismus nicht unbedingt unsere Sache ist.

Aus dem Gesagten folgt auch, daß wir im Umgang mit der politischen Macht zwar immer klar Stellung bezogen haben, aber selten der erste Ansprechpartner sind. Natürlich tritt die *Initiative Minderheiten* kompromißlos gegen Rassismus und Ausgrenzung auf. Wir haben immer wieder Position bezogen, nach den Briefbomben 1993, nach dem Attentat von Oberwart 1995, im Menschenrechtsjahr 1998, beim „Überfremdungswahlkampf“ 1999 und anlässlich der Regierungsbeteiligung der FPÖ, bis hin zum Wiener Wahlkampf 2001 in der *Wiener Wahl Partei*. Unsere Generalsekretärin Cornelia Kogoj sitzt in allen wichtigen NGO-Gremien, die mit unseren Themen zu tun haben. Wir haben durch unsere Ideen so manche/n PolitikerIn zum Nachdenken gebracht und sind manchen ein Dorn im Auge. Trotzdem wird nicht mit uns die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln verhandelt, ebensowenig das „Integrationspaket“, und auch die drei Weisen haben sich nicht an die *Initiative Minderheiten* gewandt (die wandten sich allerdings auch an niemand anderen der Betroffenen). Inwieweit dies nur an der *Initiative Minderheiten* liegt oder inwieweit NGOs überhaupt nicht ernst genommen werden, ist zu diskutieren. Allerdings wird es einer der Knackpunkte für die nächste Dekade sein, ob es der *Initiative Min-*

derheiten genügt, Katalysator, Kompetenzzentrum, Kulturvermittlerin, Innovations- und Informationsbörse und verlässliche Partnerin zu sein.

Ich glaube selbstverständlich, daß die *Initiative Minderheiten* durch die bisherige Tätigkeit wichtige Funktionen erfüllt hat. Die Entwicklung war spannend und zeigt, daß dynamische Prozesse möglich sind. Wir sind konsequent unseren Weg gegangen, pragmatisch auf der einen Seite, visionär auf der anderen, und wir haben uns verändert. Es ist durchaus möglich, daß wir in Zukunft anstreben werden, selbst die politischen Themen verstärkt vorzugeben.

Die *Initiative Minderheiten* ist in diesen ersten zehn Jahren gewissermaßen zu einer Institution im Minderheitenbereich geworden. Angesichts der politischen Situation in diesem Land ist allerdings ein zufriedenes Zurücklehnen nicht angebracht. Wir sind leider nicht überflüssig geworden, denn vom Ziel einer „minderheitengerechten Gesellschaft“ sind wir weit entfernt.

Aus: STIMME Nr. 38 / I 2001

(Anmerkung der Redaktion: Die Autorin war 1995-2002 Obfrau der Initiative Minderheiten; derzeit ist sie Stellvertreterin des Obmannes.)





## NIX „ZWISCHEN DEN STÜHLEN“ – WIR BEANSPRUCHEN GLEICH DIE GANZE COUCH

Alev Korun

Diversität in Österreich und Forderungen zum gesellschaftlichen Umgang damit.

### Herkunft als Schicksal

Sind Sie auch in der mißlichen Lage, daß Deutsch nicht Ihre Muttersprache ist, Sie aber trotzdem in Österreich leben? Werden auch Sie hierzulande bei jeder neuen Bekanntschaft mit einem Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft gefragt, wie es Ihnen „hier bei uns gefällt“ und ob und wann Sie „in Ihre Heimat zurückgehen wollen“? Ganz zu schweigen vom Mitleid, das Ihnen – falls Sie weiblich sind und aus einem islamischen Land kommen – beim Thema „zurück in die Heimat“ von wohlmeinenden FeministInnen beiderlei Geschlechts entgegenschlägt.

Als Minderheitenangehörige/r ist man ständig mit Zuschreibungen und Definitionen von außen konfrontiert. Was ist der Erkenntniswert der Antwort auf die Frage „Woher kommst du?“, vor allem wenn schon kulturalistisch – und nicht selten rassistisch – kodiert ist, was man als Angehörige/r dieser oder jener Nation sein soll? Die Frage, die einem Menschen aus der Türkei hier immer wieder gestellt wird – „Bist du Türke oder Kurde?“ – ergibt angesichts eines georgisch-bosnisch-tscherkessisch-„türkischen“ Hintergrunds wie z. B. in meinem Fall nicht besonders viel Sinn, hilft

aber der Mehrheitsgesellschaft bei ihrer Klassifikation der „Fremden“. Und wenn man dann endlich weiß, woher der Andere kommt, stünde noch immer die Frage an, was ist das, ein Türke.

### „Diversitätsbewältigung“

Wenn es um Diversität – die Pluralität der „Herkünfte“, Sprachen, vermeintlicher oder tatsächlicher kultureller oder religiöser Praktiken – geht, ist man in Österreich mit der Forderung nach bzw. der Illusion der einen „Identität“ sehr schnell zur Stelle. Identitäten sind allerdings keine abgeschlossenen Prozesse,

befinden sich in Bewegung und gerade in Immigrationsgesellschaften in Übergang, und das sowohl in der Mehrheitsgesellschaft als auch den Minderheiten-Communities. Das Work-in-progress-Prinzip der kulturellen Identitäten resultiert auch aus der Tatsache, daß sie sich immer durch Differenz und in Abgrenzung zu dem, zu ihrem „Anderen“ definieren. Das Nicht-Wir, die Lücke, ist somit das „konstitutive Außen“ der Identität. Wie soll man dann aber umgehen mit dem Umstand, daß dieses Außen in Immigrationsgesellschaften zum Innen und zum Teil des „Wir“ wird und dadurch zur Abgrenzung und „eigenen“ Identitätsdefinition eben nicht mehr taugt?

In Großbritannien wurden vor ein paar Monaten Ergebnisse eines Versuchs, diese Frage zu beantworten, präsentiert: Die von Runnymede Trust einberufene „Kommission zur Zukunft des multi-ethnischen Britanniens“ legte einen Bericht vor, in dem die sich wandelnde Bedeutung und Zusammensetzung von „Britishness“ untersucht wird. Die aus WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen der Antirassismusbewegung bestehende Kommission stellte fest – und das führte zu einer hitzigen gesellschaftlichen Debatte in Großbritannien –, daß das Konzept des Britisch-Seins noch immer eng und exklusiv definiert und nicht durchlässig genug ist für britische Minderheitenangehörige wie etwa Menschen mit asiatischen, karibischen oder afrikanischen Wurzeln. Die Kommission fordert in weiterer Folge nicht nur eine breite Debatte und Maßnahmen zur Gleichberechtigung und Antidiskriminierung für „ethnische“ und kulturelle Minderheiten, sondern auch ein neues Selbstverständnis für das Land als „community of communities“, also eine Gesellschaft, die aus gleichberechtigten kulturellen, sprachlichen und „ethnischen“ Gemeinden besteht und bewußt auf Vielfalt setzt.

### Bindestrich-Identitäten

Dieses Konzept einer Immigrationsgesellschaft bricht bewußt mit der hierzulande beliebten These der einen Identität des Staatsvolks und ermöglicht und anerkennt Mehrfachidentitäten der Mitglieder der Gesellschaft. Die aus den achtziger Jahren stammende und sich in Österreich leider noch immer hartnäckig haltende Floskel des „Zwischen-den-Stühlen-Sitzens“ von eingewanderten Menschen und ihren Nachkommen ist hingegen der Vorstellung des „Entweder-Oder“ verpflichtet. Zusätzlich erleben wir derzeit einen konservativen Backlash, mit dem die relativ junge Debatte zu Gleichberechtigung in und Multikulturalität dieser Gesellschaft mit der Forderung nach einer „Leitkultur“ im Keim erstickt werden soll. Die angeblich

homogene „österreichische Kultur“ soll die Eingewanderten leiten, so die Forderung der konservativen Kulturalisten.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Zeiten der Fragmentarisierung und Differenzierung von Gesellschaften und der damit einhergehenden Verunsicherung die kulturelle Identität als letzte Bastion von Eindeutigkeit und „Reinheit“ imaginiert wird. Wenn schon nichts mehr Halt zu geben scheint in dieser modernen, beschleunigten Gesellschaft, will man sich zumindest seiner „Identität“ sicher sein. Und da hilft die Politik gerne nach.

Die Tatsache aber, daß es inzwischen Hunderttausende Menschen in Österreich gibt, die eine Migrationserfahrung gemacht und aufgrund dieser nicht nur Staatsgrenzen, sondern auch „die angeborenen Bindungen und vererbten Zugehörigkeiten durchschritten“ haben (Elka Tschernokosheva), widerspricht dieser Illusion von „reiner Kultur“.

Daher kann auch das alte Konzept des „Zwischen-den-Stühlen-Sitzens“ den Lebenszusammenhängen und Strategien von Eingewanderten nicht gerecht werden. Es definiert nämlich ihre Leistung und Lebensrealität, in mehreren Welten und in der Ambivalenz „zu Hause zu sein“ statt in einer – vermeintlichen – Eindeutigkeit einer Mehrheitskultur, zum Manko um und hat jahrelang die Vorstellung einer nationalen Monokultur verfestigt.

Es ist höchste Zeit, daß Bindestrich-Identitäten auch in Österreich „normalisiert“ werden. Daß es kein Widerspruch ist, Nigerianer und Österreicher, Moslem und Österreicherin zu sein, ist hierzulande noch immer nicht Teil des öffentlichen Bewußtseins.

### Selbstdefinition – Fremddefinition

Gerade angesichts der politischen Brisanz der Selbstdefinition eines Staates bzw. einer republikanischen Gesellschaft geht es bei der Frage der kulturellen oder Bindestrich-Identitäten um die Definitionsmacht. Sind Minderheitenangehörige selber in der Lage, ihre mehrfachen Zugehörigkeiten und deren Bedeutung für ihre Gesellschaft zu definieren, oder erfolgt von der Dominanzgesellschaft eine Zuschreibung „ihrer“ Identität? Was ist mit Personen, die eine Minderheitenstellung in der Minderheit haben (beispielsweise als Homosexuelle in einer *visible community*), und der Diskriminierung, die sie durch „ihre“ *community* erfahren?

Wenn Diversität als Regel und nicht als Ausnahme anerkannt wird, geht es um Akzeptanz und Respekt für mehrfache, soziale, religiöse, sprachliche, sexuelle u. a. Verortungen, die gleichzeitig bestehen und das komplexe Gebilde der „Identität“ ausmachen. In einer Gesellschaft, in der Kultur und *communities* offen erlebt werden, muß es aber

auch möglich sein, eine *community* wieder zu verlassen.

*Communities* sind nämlich Resultate von historischen Entwicklungen und Praktiken, wandeln sich also auch mit gesellschaftlichen Diskursen und Zuständen, in die sie eingebettet sind. Nachdem Repräsentation und Identifikation immer mit Interpretation zu tun haben, können Identitäten nicht einem starren, unwandelbaren Mythos verpflichtet werden.

### Gemeinsames Haus Österreich?

Und was heißt das für uns Angehörige von sprachlichen und/oder „ethnischen“ *communities*? Daß der Versuch der Mehrheitsgesellschaft, uns auf die eine oder andere Seite zu „verbuchen“, scheitern muß. Die Frage „Fühlst du dich als Österreicherin oder als Türkin?“ hat ihre Aussagekraft eingebüßt, falls sie jemals eine hatte. Wenn wir davon ausgehen, daß Identifikation auf Anerkennung einer gemeinsamen Herkunft oder Zukunft, auf dem Bewußtsein von miteinander geteilten Interessen oder Merkmalen beruht, dann haben wir solche Bindungen nicht nur zu *einer* Kultur, Herkunft, Religion, Tradition, Sprache, sondern eben zu mehreren, in denen wir situiert sind.

Das heißt aber gleichzeitig, daß das, was uns ausmacht, nicht mit dem klassischen „Österreicher-Sein“ und/plus „Türkln-Sein“ („Bosnierln-Sein“, „Kurdln-Sein“ usw.) beschrieben werden kann. Nicht nur wir haben eine Wandlung durchgemacht, wir haben dabei auch die gängigen Konzepte von Nationalkultur gemeinsam transformiert, und zwar sowohl für unsere Herkunftsgesellschaften als auch für unsere „neuen Heimaten“. Deshalb kann „Britishness“ oder „Österreicher-Sein“ in post-kolonialen Zeiten und nach Massenmigration nicht mehr das bedeuten, was im 18. Jahrhundert darunter verstanden wurde. Deshalb gibt es in mehreren Ländern gleichzeitig eine breite öffentliche Debatte zu den Wandlungen und neuen Zusammensetzungen der nationalen Identität(en).

„Zwischen den Stühlen“ sitzen wir nicht, höchstens auf mehreren gleichzeitig. Und es gibt auch keinen plausiblen Grund, sich mit irgendwelchen Nischen zu begnügen. Warum die Frage der kulturellen Identität in Form eines Kampfes um kulturelle Hegemonie geführt wird, hat eben auch den Grund, daß manche nur die Luft zwischen den Stühlen bekommen und nicht auf der Couch Platz nehmen dürfen (sollen). Die gehört aber uns allen in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft. Und wir erheben Anspruch auf diese Couch.

## DIE STUFEN ZUM HEIL – EINE SZENE

Erwin Riess

Vor den Stufen der Wiener Karlskirche. Groll wartet ungeduldig. Endlich kommt der Dozent angerannt.

DOZENT Entschuldigen Sie die Verspätung; ich wurde an der Universität aufgehalten; eine Studentin klagte mir ihr Leid, ihr Bruder ist vor einigen Wochen beim Bergsteigen abgestürzt und hat sich dabei so schwer verletzt, daß er wahrscheinlich an den Rollstuhl gefes-

GROLL *unterbrechend* Überlegen Sie gut, was Sie jetzt sagen!

DOZENT Wollte sagen, daß er wahrscheinlich im Rollstuhl landen –

GROLL *heftig* Sie sollen aufpassen, habe ich Ihnen gesagt! Wozu bringe ich Ihnen korrekte Formulierungen bei, wenn Sie bei der ersten besten Gelegenheit darauf vergessen!

DOZENT *hockt sich neben Groll* Also gut. Er wird sich künftig für Zwecke der Fortbewegung eines Rollstuhls bedienen.

GROLL Na also, es geht doch. Man muß nur wollen. Der Mann wird also Rollstuhlfahrer. Das ist gut. Ich freue mich immer über Verstärkung.

DOZENT *steht auf* Das ist nicht gut. Für ihren Bruder, zumindest, ist es nicht gut.

GROLL Wollen Sie mich diskriminieren?

DOZENT *schnell* Ihr Fall liegt anders.

GROLL Ich bin kein Fall, sondern ein Mensch, und zwar ein rollender. Welchen Beruf hat der Mann ausgeübt?

DOZENT Gar keinen. Er studierte Theologie. Er wollte Priester werden.

GROLL Das ist schlecht.

DOZENT Wieso ist das schlecht? Höre ich da wieder Ihre Kirchenfeindlichkeit heraus?

GROLL Man wird ihn umschulen müssen. Auf Liftwart zum Beispiel –

DOZENT *unterbrechend* Das ist zynisch und dumm!

GROLL Lassen Sie mich ausreden! Es

ist schlecht, denn als Priester wird er, so nehme ich jedenfalls an, sich oft in Sakralbauten aufhalten müssen, diese aber sind schon infolge ihres Alters nur in den seltensten Fällen für Rollstuhlfahrer zugänglich.

DOZENT Die Kirche hat diesbezüglich ein schweres Erbe.

GROLL Ich stimme Ihnen zu, mache aber eine Einschränkung: Die Kirche ist, was die Adaption ihrer Baulichkeiten angeht, säumig, und niemanden scheint das zu stören.

DOZENT Seit wann befassen Sie sich mit der Erreichbarkeit von Kirchen?

GROLL Seit meine Haushälterin mir einen Architekturführer schenkte. „Auf 100 Seiten durch die Architekturgeschichte“ – ein großartiges Buch. Das Papier – Hochglanz. Der Geruch – wie neu und streng nach Wissen duftend.

DOZENT Und der Inhalt?

GROLL Wußten Sie, daß es bis ins 12. Jahrhundert kein Kirchengestühl gab? Die Gläubigen mußten während des Gottesdienstes stehen. Lediglich ein steinerner Wandsims erlaubte es gebrechlichen Menschen, sich während der Andacht aufzustützen.

DOZENT Das ist mir neu.

GROLL Ich habe in den letzten Tagen mehrere Kirchen in Wien besucht; den Stephansdom, die Kirche am Hof, Mozarts Sterbekirche am Michaelerplatz und, um einen Neubau zu nennen, die Kirche zu Cyrill und St. Method im 21. Bezirk, eine Kirche mit Rampe und Behindertentoilette. Aber auch die anderen erwähnten Kirchen waren zugänglich; die für mich wichtigste Kirche aber, die Apotheose des absolutistischen Herrschers, die Verherrlichung des Diesseits im religiösen Kleid, das Hauptwerk des Barock –

DOZENT Sie sprechen von der Karlskirche?

GROLL Hätte ich Sie sonst hierherbestellt?

DOZENT Wie kommen Sie in die Kirche hinein?

GROLL Gar nicht. In die Karlskirche gelangt man nur über Stufen, es sei unmöglich für Rollstuhlfahrer, in die Kirche hineinzukommen, beschied mir eine Dame von der Pfarre, bei der ich mich fernmündlich erkundigte; an einen Umbau sei nicht zu denken, das Denkmalamt und das Diözesanbauamt würden sich dagegen sträuben, außerdem gebe es niemanden, der diesen Wunsch je geäußert habe, sie habe jedenfalls noch nie einen Rollstuhlfahrer in der Kirche gesehen.

DOZENT Ich fürchte, die Frau hatte recht.

GROLL Sie irrte. Im Denkmalschutzgesetz ist festgeschrieben, daß bei Vorliegen öffentlichen Interesses von den strengen Schutzbestimmungen abgegangen werden kann.

DOZENT Die Erreichbarkeit der berühmtesten Barockkirche Österreichs durch behinderte Gäste und Gläubige müßte doch genug öffentliches Interesse begründen.

GROLL Ich befürchte eher das Fortwirken eines architektonischen Fluchs.

DOZENT Und der wäre?

GROLL Treppen haben in Kirchenbauten nicht nur eine repräsentative Funktion; in früheren Zeiten dienten sie auch dazu, den Teufel fernzuhalten. *Stille* Da fällt mir ein: Was haben Sie der Studentin bezüglich ihres Bruders geraten?

DOZENT Ich sagte ihr, er solle sich an Sie wenden und gab ihr Ihre Telefonnummer.

GROLL *denkt kurz nach* Sehr gut. Er soll weiter Theologie studieren, und er soll untersuchen, wie Rollstuhlfahrer die Stufen zum Heil meistern können.

DOZENT Zum Heil?

GROLL In der Karlskirche ist Karl Kraus im Jahr 1911 zum Katholizismus übergetreten, sein Taufpate war Adolf Loos. Auch wenn ich selbiges nicht vorhabe, möchte ich dennoch die Möglichkeit dazu haben.

Aus: STIMME Nr. 42 / I 2002

Vor vier Jahrzehnten war in den westeuropäischen Ländern wirtschaftliche Hochkonjunktur. Man rekrutierte Arbeitskräfte aus den „wirtschaftsschwachen“ Ländern wie Jugoslawien und der Türkei. Und man nannte sie „Gastarbeiter“ – mit dem Selbstverständnis, sie nach dem „Rotationsprinzip“ stets durch neue zu ersetzen, solange Bedarf bestand. So begann die Geschichte einer besonderen Form der Migration in Nachkriegseuropa, die heute, nach 40 Jahren, nicht nur die Wirtschaft beschäftigt. Politik, Medien, sozialwissenschaftliche Forschung und Kunst haben in dieser Migration ein Thema gefunden, das nachgerade täglich an Aktualität gewinnt.

Die *Initiative Minderheiten* hat bereits vor zweieinhalb Jahren – aufgrund einer Idee von Cemalettin Efe und Andrea Jatschko – mit den Vorbereitungen eines umfassenden Projekts begonnen, das nun, im 40. Jubiläumjahr der Anwerbung von ArbeiterInnen aus dem Ausland, realisiert wird: Die Ausstellung „Gastarbeiter“ befaßt sich mit der Geschichte dieser Arbeitsmigration, die nicht nur zum Reichtum in diesem Lande erheblich beigetragen, sondern auch mittlerweile das Leben dreier Generationen von Menschen innerhalb wie außerhalb der Grenzen Österreichs nachhaltig geprägt hat – ohne jedoch den gebührenden Platz im kulturellen Gedächtnis dieser Gesellschaft bekommen zu haben.

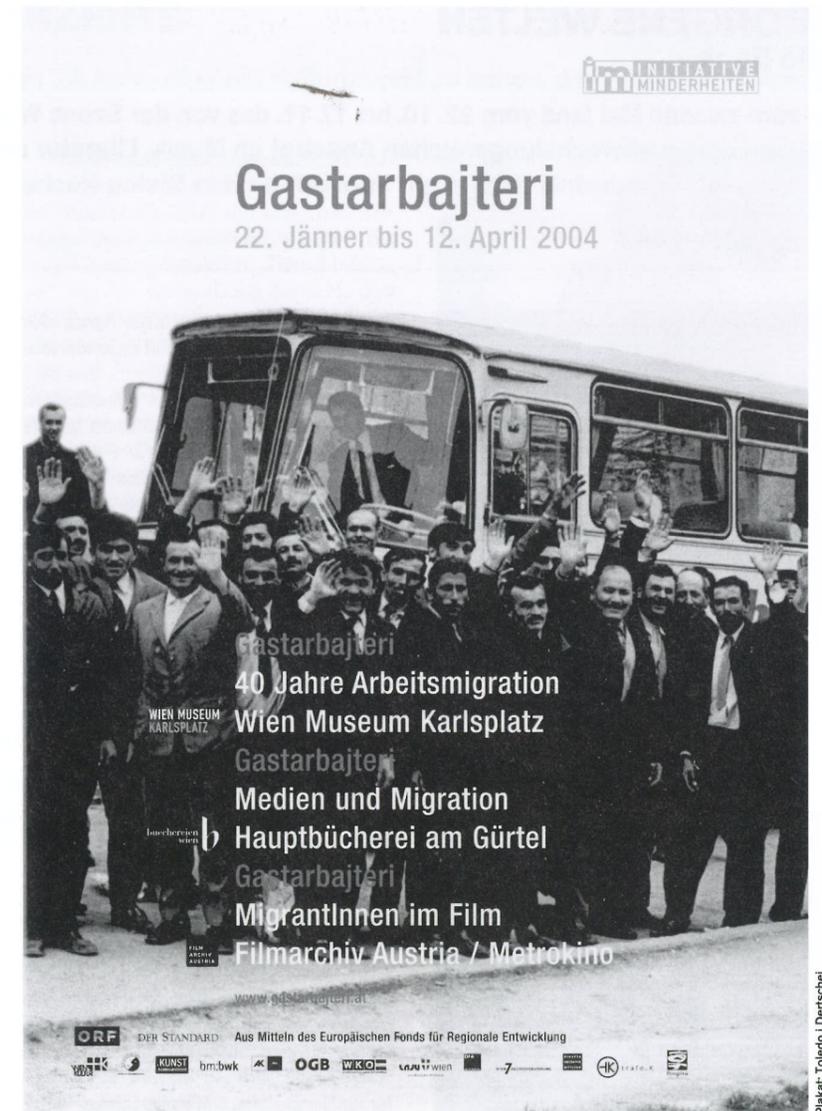
„Gastarbeiter“ umfaßt zwei Ausstellungen und eine Filmreihe sowie ein breites Rahmenprogramm. Zur Eröffnung erscheint auch ein gleichnamiges Buch, das das Projekt dokumentiert.

## PROJEKTMANAGEMENT-LEHRGANG 2003

Ein Projekt der Initiative Minderheiten und des Wiener Integrationsfonds

Das Ziel des von der *Initiative Minderheiten* und dem *Wiener Integrationsfonds* (WIF) organisierten Projektmanagement-Lehrganges war die Förderung von Vereinen bezüglich ihrer Projektqualität. Da Vereine oft sehr große, komplexe Projekte leiten und durchführen, die Personalressourcen aber meist gering sind, ist es unbedingt erforderlich, hochprofessionelle Management-Methoden zu beherrschen.

Ein besonderes Anliegen der Veranstalter-Organisationen ist die laufende Aus- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen von Vereinen zu kompetenten ProjektmanagerInnen. Seminare und Lehrgänge zum Ausbau der notwendi-



gen Fähigkeiten zu entwickeln und anzubieten, eignet sich für diesen Zweck.

Der Projektmanagementlehrgang 2003 wurde speziell für diese Bedürfnisse von WIF in Kooperation mit der *Initiative Minderheiten* entwickelt. Die Zusammenstellung des Curriculums ist auf der Basis von mehrjährigen Erfahrungen aus den angebotenen Projektmanagement-Seminaren entstanden.

Der Lehrgang bestand aus sechs Modulen (zwölf Tage jeweils von 9:00 bis 17:00 Uhr).

• Modul 1 (14.-15. Februar): Projektmanagement Teil I

• Modul 2 (28.-29. März): Projektmanagement Teil II

- Modul 3/1 (28. Februar): Vorstellung eines Vereines/Projektbes
- Modul 3/2 (1. März): Steuerberatung
- Modul 4/1 (25. April): EDV-Unterstützung
- Modul 4/2 (26. April): Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Modul 5 (23.-24. Mai): Moderation und Kommunikation
- Modul 6 (27.-28. Juni): EU-Förderungen.

Der Lehrgang war komplett ausgebucht. Auch das Feedback der TeilnehmerInnen war sehr positiv.

Helga Kovrigar,  
*Initiative Minderheiten*



## VERBORGENE WELTEN

Isabelle Bene

Bereits zum zweiten Mal fand vom 22. 10. bis 17. 11. das von der Szene Wien initiierte Festival „Salam.Islam“ statt. Neben einem abwechslungsreichen Angebot an Musik, Literatur und Tanz wurde auch dem im Vorjahr festgestellten Bedürfnis nach mehr interkulturellem Dialog Rechnung getragen.



Foto: DCS

Neben Publikumsmagneten wie dem Jazzpianisten Abdullah Ibrahim oder der legendären Vokalistin aus Mali, Oumou Sangaré, konnten musikalische WeltbummlerInnen hierzulande kaum bekannte KünstlerInnen aus Europa, Afrika, Asien und dem vorderen Orient kennenlernen. Vorgestellt wurden der irakische Oud-Meister Nasser Shamma oder



Foto: Ensemble Faiz Ali Faiz

Sevara Nazarkhan, eine junge, erfolgreiche Musikerin aus Usbekistan. Standing ovations gab es für die Sängerin Ustad Mahwash, die in den 1970er Jahren ein Radiostar in Afghanistan war und 1991 aufgrund der Machtübernahme der Taliban ihre Heimat verließ. Im Wiener Konzerthaus trat sie mit dem *Ensemble Kaboul* auf und präsentierte traditionelle Musik aus Afghanistan. Der orientalische Abend „Hafla“ mit Bauchtanz, Musik und kulinarischen Köstlichkeiten aus der kurdischen Küche lockte zahlreiche Gäste in das griechische Restaurant *Dionysos*, das von einem irakischen Kurden geführt wird. Auch für die kleinen ZuschauerInnen war gesorgt: Die SchauspielerIn Gabriele Schuchter las arabische Märchen vor, die von Sufis und Derwischen, Wahrsagern und Weisen handelten. Erwachsene konnten einen Abend lang ebenfalls in die faszinierende Welt persischer Mythen und Fabeln eintauchen. Als Begleiter fungierten der Bouzouki-Virtuose Omari

Asmat und der Tänzer Ziya Azazi, der traditionelle Sufi-Tänze mit eigenen tänzerischen Ideen verband.

Neben traditionellen Musikstilen bzw. jahrhundertealten Märschen sorgte die „zweite Generation“ für Partystimmung. Aziza A, die sich selbst als BerlinerIn türkischer Herkunft bezeichnet, ist der neue Star der Oriental-HipHop-Szene. Sie gastierte am selben Abend in der *Szene Wien* wie die kurdische Formation *Berfin* aus Wien, die kurdisches Liedgut mit modernen musikalischen Strömungen mischt.

Banghra, ein gelungener Mix aus traditioneller Musik Punjabs mit populären Sounds, ist spätestens seit dem Hitparadenstürmer „Panjabi MC“ in aller Munde und in England schon lange Zeit en vogue. DCS, eine der besten britischen Banghra-Livebands, bestehend aus jungen muslimischen Indern und Pakistani, sorgte auch in der *Szene Wien* für volles Haus.

Zahlreiche FestivalteilnehmerInnen haben sich auch durch ihr politisches Engagement einen Namen gemacht. So gilt Abdullah Ibrahim (früher bekannt als Dollar Brand) nicht nur als unermüdlicher Anti-Apartheid-Aktivist und Kämpfer für die Demokratie in Südafrika. 1962 ging er ins Zürcher Exil, wo er von keinem Geringeren als Duke Ellington entdeckt und gefördert wurde. Plattenaufnahmen führten ihn in die USA, wo er zum Islam konvertierte. Von dort kehrte er erst 1990, im Jahr der Freilassung von Nelson Mandela, zurück und gilt heute als populärer Vertreter der muslimischen Minderheit in Südafrika.

Oumou Sangaré setzt sich für Frauenrechte ein und gilt als die erste Sängerin Westafrikas, die sich in ihren Songs sozialen Problemen widmet sowie die Rechte und Anliegen afrikanischer Frauen vertritt. Sie spricht sich gegen Polygamie und Zwangsheirat aus, wodurch sie zu einer der bekanntesten feministischen Schlüsselfiguren Westafrikas wurde.

Andere Gruppen vertraten wiederum spezielle Minderheiten, wie etwa Faiz Ali Faiz und sein Ensemble, das dem Wiener Publikum Qawwali-Musik zu Gehör brachte – eine alte Musikform in Pakistan und Indien, die eng mit der Tradition der Sufis verbunden ist. Das *Ensemble Kamkars* aus dem Iran, Vertreter der Minderheit der Kurden, vereint

wiederum kurdische Tanzmusik mit klassischer persischer Musik. „Das eigentliche Phänomen *Kamkars* wird durch die Identifizierung aller Kurden mit diesem Ensemble beschrieben: ob in der Türkei, im Irak oder im Iran – *Kamkars* drücken die Gefühle und Stimmungen aller Kurden aus und schlagen darüber hinaus eine Brücke zur persischen Kultur“, wie es im Programmheft heißt.

Gerade mit dem Auftritt von *Kamkars* wird die Grundidee des Festivals nochmals betont: „Verständigung und Versöhnung zwischen den Kulturen“. Eine Intention, die ihren Ausdruck heuer im Thema „Frauen im Islam“ fand. Ein Thema, das von Vorurteilen und Mißverständnissen in der westlichen Welt überladen und von einem Mangel an differenzierten Sichtweisen bestimmt ist. Wie komplex die Situation von Frauen in islamischen Ländern ist, bewiesen die vier Vortragenden der Podiumsdiskussion im *Bruno-Kreisky-Forum*, die alle aus verschiedenen Ländern stammen (Iran, Palästina, Türkei, Jemen) und zum Teil im Ausland leben. Alle widmen sich der Frauen- und Geschlechterforschung und setzen sich für die Frauenrechte in islamischen Ländern ein. Die Vortragenden sprachen offen über die Situation der Frauen in ihrem jeweiligen Heimatland sowie über ihre persönlichen Erfahrungen als muslimische Frauen. Die Debatte über den Tschador sorgte wie so oft für emotionale Stimmung, ging aber weit darüber hinaus und behandelte Themen wie „Islam und Modernisierung“, „Säkularisierung“, „islamisches Frauenrecht“ oder „das Frauenbild im Koran“.

*Salam.Islam* ist ein Festival, das das Wissen über den Islam erweitert. Hier begegnet man jahrhundertealten Musiktraditionen sowie musikalischen Grenzgängern, die aus einem gelungenen Mix unterschiedlicher Musikströmungen ihren eigenen unverwechselbaren Stil kreieren. Es werden Bilder des Islams vermittelt, die einen krassen Gegensatz bilden zum radikalen Islamismus, wie er uns tagtäglich mit Schreckensmeldungen über die Medien begegnet. Das Bedürfnis, mehr über den Islam zu erfahren, wurde durch die ausverkauften Veranstaltungen nur bestätigt und wird hoffentlich auch in der Zukunft anhalten.

Weitere Informationen:  
[www.szenewien.com](http://www.szenewien.com)

## INTERKULTURELLE AKZENTE

Im Theater AKZENT war vom 26. bis 28. November ein Kulturprojekt zu sehen, das Migration thematisierte.

Der Startschuß für „Interkulturelle Akzente“ fiel im April 2002 mit der Gründung eines effköpfigen Fachbeirates, der sich aus Kulturschaffenden unterschiedlicher Minderheiten sowie VertreterInnen interkulturell orientierter Kulturinitiativen und der AK Wien zusammensetzt. In Zusammenarbeit mit dem Fachbeirat hob die AK Wien ein neues, in dieser Art einzigartiges und langfristig angelegtes Kulturprojekt aus der Taufe. Drei Gewinner-Projekte der Fachbeirats-Auswahl für Bühnenprojekte zum Thema „40 Jahre Arbeitsmigration nach Österreich“ erhielten einen Produktionszuschuß und konnten die Infrastruktur des Theater AKZENT für die Produktion in Anspruch nehmen.

Unter dem Titel „Interkulturelle Akzente“ waren vom 26. bis 28. November im Theater AKZENT die drei Uraufführungen der besonderen Art zu sehen: die Musiktheaterproduktion „Trändi Händi, yo!“ des AutorInnen-Duos Xenia Hu und Bernhard Gál sowie die Theaterstücke „Speziell Kebab“ von Sedat De-mirdegez und „Verhaßte Tomaten“ von Marko Pustisek. Komplettiert wurde das Programm durch die Fotoausstellung „Vaters schöne Welt in Wien“ des STIMME-Fotoredakteurs Mehmet Emir, die bis 31. Dezember 2003 zu sehen ist. (Einen längeren Bericht über „Interkulturelle Akzente“ können Sie in der nächsten STIMME lesen.)

red



Foto: Mehmet Emir

## SPRACHLICHE VIELFALT ALS NORM

Allen James (Hg): *Vielerlei Zungen*

Mehrsprachigkeit + Spracherwerb + Pädagogik + Psychologie + Literatur + Medien

Drava Verlag: Klagenfurt/Celovec 2003; 256 Seiten; € 25,-

Das von Allen James herausgegebene Buch *Vielerlei Zungen* ist eine Zusammenstellung multidisziplinärer Beiträge zum Thema Mehrsprachigkeit. Die AutorInnen des Bandes versuchen, die Bedeutung der Multilingualität in verschiedenen soziokulturellen Wissensgebieten der heutigen Gesellschaft deutlich zu machen und zu interpretieren.

So wird das Thema aus der Sicht der Sprachwissenschaft beleuchtet; es wird von pädagogischen Theorien und der Praxis eines mehrsprachigen Kindergartens berichtet; und psychoanalytische Überlegungen werden Tiefeninterviews mit mehrsprachigen Personen gegenübergestellt.

Der literarischen Mehrsprachigkeit widmen sich drei Beiträge, welche die Mehrsprachigkeit in der deutschen Literatur, das Phänomen der literarischen Mehrsprachigkeit als konstitutives Merkmal der Regionalität und schließlich die literarische Mehrsprachigkeit im italienischen Kontext behandeln. Abschließend wird ein Beitrag dem Fragenkomplex „Medien und Mehrsprachigkeit“ gewidmet.

Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung verfügt über multilinguale Fähigkeiten oder lebt in einer mehrsprachigen Umgebung. Demnach sollte Sprachvermischung als Norm angesehen werden. Denn selbst in Gesellschaften, in denen aus offizieller Sicht gilt: „Eine Nation – eine Sprache!“, sind aufgrund verschie-

denster Hintergründe der Migration wie auch der Mobilität in Ausbildung, Arbeit und Freizeit mehrsprachige Familien keine Seltenheit.

Stefan Schneider stellt fest, daß die Untersuchungen der Spracherwerbs- und der Kindersprachforschung Mehrsprachigkeit, mit der Kinder in vielen Teilen der Welt konfrontiert sind, nicht den gebührenden Stellenwert einräumen. Ganz im Gegenteil wird von einer einsprachigen Umgebung des Kindes ausgegangen. Schneider stellt zwei Studien aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor, die erstmals das Vorurteil zeitgenössischer ForscherInnen zu widerlegen versuchten, daß frühkindliche Zweisprachigkeit die intellektuelle Entwicklung behindere. Weitere Themen, die in diesem Beitrag angeschnitten werden und somit einen ersten Einstieg in das Gebiet ermöglichen sollen, bilden heutige Studien zur frühkindlichen Mehrsprachigkeit, die sprachliche Entwicklung bilingualer Kinder – wobei häufig Beobachtungen über die zweisprachige Entwicklung der Töchter des Verfassers eingebaut wurden –, der Zusammenhang zwischen Mehrsprachigkeit und Denken und die Frage, wie bilinguale Fähigkeiten vom sozialen Umfeld beeinflusst werden.

Der Beitrag von Brigitta Busch ist dem Themenfeld „Medien und Mehrsprachigkeit“ gewidmet. Das freie Radio steht hier im Mittelpunkt, welches als nichtkommerzieller mehrsprachiger Sen-

der multilingualer Programmgestaltung Freiraum bietet und herkömmliche Konzepte der einsprachigen Medienöffentlichkeit in Frage stellt. Sowohl auf Seiten der Produktion als auch der Rezeption ist die Situation eine mehrsprachige. Doch im Endprodukt, in der Zeitung, in der Fernsehsendung oder im nationalen Radioprogramm ist im Normalfall die Mehrsprachigkeit der Quellen nicht mehr sichtbar. Es wird von einer sprachlich homogenen Rezipientenschaft ausgegangen, die teilweise durch die medialen Diskurse selbst produziert und reproduziert wird.

Radiosendungen in Migrantensprachen sind nur ein Teil des Medienalltags von MigrantInnen; sie ergänzen Medien aus den Herkunftsländern und Medien aus der neuen Heimat, denn sie stellen Lokalbezug her und stellen darüber hinaus einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration dar. Im Betrag werden internationale und nationale Sendungsbeispiele vorgestellt.

Das Kulturgut „menschliche Sprachigkeit“ begegnet uns im Alltag auf unterschiedlichste Art und Weise; dementsprechend vielfältig wurden auch die Beiträge dieses Buches gewählt. Doch eines haben alle Beiträge gemein, nicht eine bestimmte Sprache, sondern das Phänomen Mehrsprachigkeit *per se* steht im Vordergrund, das hier als Norm angenommen wird.

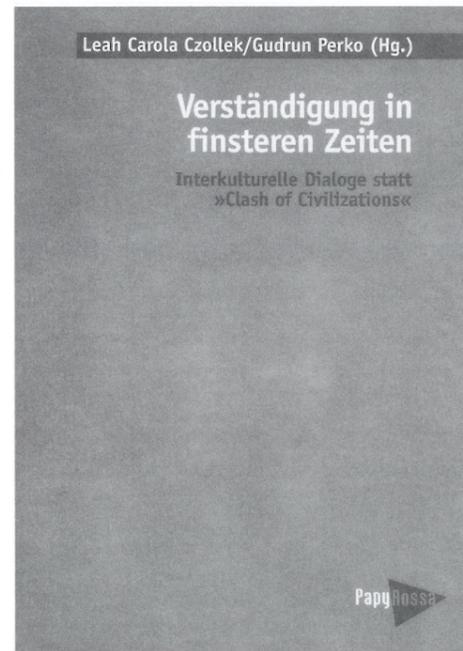
Matylda Krupinska

## „GESPRÄCH OHNE GELÄNDER“

Leah Carola Czollek und Gudrun Perko (Hg.): Verständigung in finsternen Zeiten  
Interkulturelle Dialoge statt „Clash of Civilizations“

PapyrossaVerlag: Köln 2003

Hochschulschriften 48; 232 Seiten, € 19.80



deutsche Geschichte, insbesondere auf das Verhältnis zwischen BRD und DDR aus feministischer Sicht (Herta Kuhrig / Christina Thürmer-Rohr und Birgit Rommelspacher) oder auf das Verhältnis zu alten und neuen Minderheiten (Jane Schuch, Wahied Wahdat-Hagh); drei Beiträge (Hakan Gürses, Herbert Hrachovec, Heike Weinbach) setzen sich mit Phänomenen und Diskursen der Gegenwart kritisch auseinander.

Die Gretchenfrage zum Thema Dialog ist gewiß die Frage der Praxis. Wer führt zu welchem Zweck und mit welchen Ergebnissen ein „Gespräch ohne Geländer“, das sich nicht „auf die Masken der Kultur“ (Czollek) oder einer anderen Instanz bezieht, sondern statt findet, „wenn die DialogpartnerInnen gleichberechtigt sind und keine unterschiedlichen Machtverhältnisse bestehen“ (Ameri)?

Gürses formuliert diese Frage sehr nachdrücklich und macht auf die „Achillesferse aller Kommunikationsmodelle“ aufmerksam: daß sie nicht bestimmen (können), „worüber der Dialog stattzufinden hat“. Damit ist Beliebigkeit gegeben, deren Behebung in der Praxis von VertreterInnen von Gruppen bewerkstelligt wird, die nicht davon ausgehen, daß „jeder und jede sprechen darf“ (Czollek). Das Ideal der gegenseitigen respektvollen Anerkennung ist kein selbstverständliches Produkt der menschlichen Natur oder Kultur. Reale Dialoge sind nicht von selbst ideal, und den idealen fehlt es an Realität. Und sie sind kein Allheilmittel: „Der Dialog an sich ist kein verlässliches Mittel gegen oder für etwas“ (Perko), was ihn aber auch nicht macht- und sinnlos macht.

Wenn er denn geführt wird. Den „ausstehenden Dialog“ etwa mit Sinti und Roma (Schuch) – wer wird ihn führen und wann? Es steht zu befürchten, daß die Konkretisierung der dialogischen Utopie stets oder doch meistens hinterher kommt, bestenfalls. Daß zunächst Identitäten und Traditionen gebildet werden, die sich gegeneinander abgrenzen. Daß unter den Bedingungen der Realität oft gerade dann, wenn offe-

ne, gleichseitige Dialoge am nötigsten wären, dazu keine Zeit zu sein scheint. Später dann wird es zur Hauptaufgabe, entstandene Fronten zu enthärten, aufgestellte Geländer der „natio-ethno-kulturellen Zugehörigkeit“ (Mecheril) wieder abzubauen. Geradezu traurig in dieser Hinsicht stimmt der Rückblick in die jüngere Geschichte Deutschlands, als in einer Situation, in der zu verhandeln gewesen wäre, „wie die unterschiedlichen Perspektiven sich in einem eventuell neu zu gründenden Staat niederschlagen“, (Rommelspacher) die Bereitschaft dazu in entscheidender Weise nicht da war. Wenn Wahdat-Hagh von einer „Krise der Bürger- und Menschenrechte“ bei MigrantInnen spricht und einen Grund dafür darin ortet, „daß wir die Menschenrechtskriterien nicht auf alle gleich anwenden“, so geht das in dieselbe Richtung. Der Entwurf dialogischer Prozesse scheint immer auch auf eine Geschichte vertaner Gelegenheiten zu verweisen.

Ein auffallendes Merkmal dieses Buches liegt darin, daß hier nicht nur über Dialoge zu lesen ist, wie sie sind oder nicht sind, wie sie sein könnten oder sollten und wozu sie dienen. Es finden in diesem Buch auch tatsächlich Dialoge statt, und das ist ungewöhnlich – in dem Gespräch zwischen Kuhrig und Thürmer-Rohr, das lediglich den Auszug aus der aktuellen Station eines Dialoges wiedergibt, der sich über viele Jahre zieht, oder auch in dem Beitrag von Mecheril, der als sich entwickelnder Briefwechsel mit den beiden Herausgeberinnen angelegt ist und in deren Dialog über die darin angesprochenen Konzepte und Themen mündet.

Ein engagiertes und nachdenkliches Buch also. Vielleicht findet es eine Fortführung. Dann wären, was die religiösen und philosophischen Hintergründe betrifft, auch nichtokzidentale Traditionen zu befragen, nicht der Exotik wegen, sondern in der Hoffnung, noch andere Reichtümer an Anregungen zu erhalten, wie sie hier schon da sind.

Franz M. Wimmer

## IM DEZEMBER 2003

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn man nur mehr verhöhnt und ausgelacht wird. „Verfault an Haupt und Gliedern“ – das war noch der netteste Schmä, der am Stammtisch gelaufen ist. Stimmt, eine führungslose Führerpartei ist lächerlich. Aber diese Zeiten sind nun vorbei, Kamerad Herbert kann sich wieder seinem liebsten Steckenpferd, dem Nilpferd, widmen, und die Parteileitung ist wieder dort, wo sie hingehört: in der Familie. Und zwar in der richtigen.

Ich hab ja gleich im familiären Arier-nachweis nachgesehen, ob ich nicht weitschichtig einen Haubner in der Ahnenreihe habe, bei Haider hat es ja leider nicht geklappt. Leider bei Haubner auch nicht. Macht nichts, ich geb die Hoffnung nicht auf, daß doch noch ein Job in der Regierung für mich drinnen ist. So viele bekennende Freiheitliche gibt es ja nicht mehr in der letzten Zeit. Wir haben sozusagen unsere Front begradigt und uns auf unsere Kerntruppen zurückgezogen. Nur mehr acht Prozent wollen uns noch wählen – das heißt, wir müssen uns vor jeder Grippe-welle in unseren Hochburgen fürchten, sonst fliegen wir aus dem Parlament.

Aber noch ist es nicht so weit, noch sind wir bestimmende Kraft in der Regierung. Und weil der Onkel Wolfgang das weiß, hat er uns und seinen Schwarzen, sozusagen bei einer vorgezogenen Weihnachtsfeier, die ÖBB geschenkt. Das ist auch richtig so, da kennen wir uns aus, da sind wir Experten. Alle Zeitungen haben ja in der letzten Zeit geschrieben, daß alle unsere Gesetzesvorhaben entgleist sind und die Regierung in den letzten Zügen liegt und nur noch Bahnhof versteht. Das ist doch eine Kompetenz, die durch niemanden übertroffen werden kann, gleichgültig, ob sich da der Rechnungshof, irgendein Schweizer oder so ein Eisenbahnergewerkschafter ungefragt zu Wort meldet. Und welche gutdotierten Posten da für uns plötzlich in Griffweite sind! Vielleicht ist für mich auch ein Stationsvorsteher drin. Ich bin nämlich auch ein Experte: Ich hab schon als ganz kleines Kind mit der Eisenbahn gespielt!

Sonst wähl ich nämlich nicht die Benito! Auch wenn das zuckerrosa gewandete Monster beim Oberchef in Kärnten guten Wind gemacht hat – die Benito wähl ich nur, wenn ich bis dahin einen Posten hab. Wenn nicht als Sta-



tionsvorsteher, dann als Lehrer. Jetzt haben sich ja ein paar tausend von ihnen in die Frühpension verabschiedet, und in den Schulen spielt's Granada, weil die Lehrpläne nicht eingehalten werden können. Aber ich glaub, der Gehrler ist das ganz recht. Je blöder die Leute sind, umso eher fallen sie auf die Regierungspropaganda herein. Die Gehrler kann doch kein Interesse daran haben, daß da neue Blitzgneyßer heranwachsen. Und wenn es auch nicht mit einer Lehrerstelle klappt, möchte ich wenigstens einen Job als Kreuzwart ergattern.

Kreuzwart – das wird ja der Massenberuf der Zukunft. Alle Arbeitslosen werden als Kreuzwart arbeiten können, vielleicht nicht gerade gut bezahlt, aber in unkündbarer Stellung, wenn es nach unserem Parlamentspräsidenten Andreas Khol geht. Denn das ist die von ihm ausgeheckte Beschäftigungsoffensive: Kreuze an alle Schulen, Kreuze in alle Verfassungen, Kreuze an alle Orte, Kreuze an alle Kreuzungen. Ein geniales Konzept: Tausende von Tiroler Herrgottsschnitzern müssen sich nicht mehr als Skilehrer verdingen, wo sie eh nur auf blöde und unkeusche Gedanken kommen, sondern können wieder ihrer ursprünglichen künstlerischen Profession nachgehen. Weil es ganz schnell gehen muß, werden sie halt nicht ganze Marterln herstellen, sondern nur schlechte Holzkreuze.

Und die künstlerisch etwas weniger Begabten können dann, wie gesagt, als Kreuzwart arbeiten. Denn so ein Kreuz muß ja gehegt und gepflegt, abgestaubt und gewaschen, geschützt und wider den Holzwurm verteidigt werden, der in diesem Fall als satanisches Tier zu sehen ist. Der Kreuzwart muß auch aufpassen, daß alle Passanten sich richtig und würdig verhalten, wenn sie am Kreuz vorbeigehen. Also nicht laut

lachen, keinen Kaugummi und keine Zigarette im Mund haben, den Hut, so vorhanden, ordentlich lüften. Und der Kreuzwart muß auch genau darauf achten, daß nicht ein feindliches Symbol, etwa ein Halbmond, in die Nähe des Kreuzes kommt. Auch eine ordentliche Hierarchie ist schon entworfen worden: die höchste erreichbare Stufe ist der Kreuzritter. Unsere Abgeordnete Barbara Rosenzweig plant schon eine parlamentarische Anfrage, ob parallel dazu auch das Mutterkreuz wieder in Amt und Würden kommen könnte. Aber der Khol will das nicht wirklich. Die Frauen könnten ja ein „Ave Maria“ vor dem Kreuzwart beten, hat er gemeint.

Und sonst? Sonst war nicht viel los in der letzten Zeit. Der Chef ist wieder einmal in der depressiven Phase, weil er schon so lange nichts von seinem Kumpel Saddam Hussein gehört hat, weil sein Fußballklub, der FC Kärnten, am Tabellenende herumgrundelt und weil in Kärnten bald Landtagswahlen sind, wo's nicht so gut aussieht. Aber angeblich hat ihm der Schlüssel versprochen, daß er auch nach der Landtagswahl Landeshauptmann bleiben kann in Klagenfurt – der Schlüssel tut ja alles, daß der Chef nicht nach Wien kommt. Von unserer schönen und blonden Generalsekretärin hab ich auch schon lang nichts Lustiges mehr gehört, und der Sport-Staatssekretär Schweitzer hat alle Regierungsmitglieder zu einem Fitneß-Check eingeladen, und alle Schwarzen haben gekniffen.

Nichts los also. Ich werde die Ruhe benutzen, um den alemannischen Dialekt zu lernen, vielleicht komm ich ja in das Kabinett vom Gorbach. Aber ich fürchte, bis ich das Voralbergerische beherrsche, ist der Gorbach vielleicht schon wieder weg, weil der Oberchef in die manische Phase gekommen ist.

Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck

P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 49

Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt

Zul.-Nr.: GZ 02Z031717 S

Rücksendeadresse:

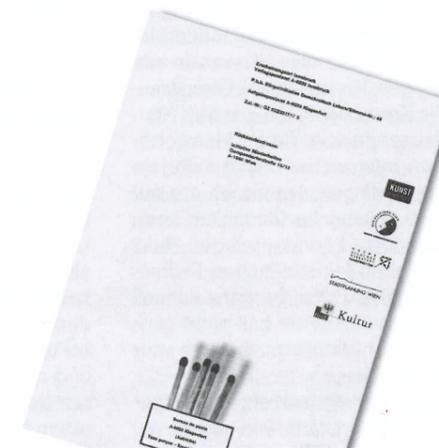
Initiative Minderheiten  
Gumpendorferstraße 15/13  
A-1060 Wien



WIENER INTEGRATIONSFONDS



STADTPLANUNG WIEN



Bureau de poste  
A-9020 Klagenfurt  
(Autriche)  
Taxe perçue – Envoi à taxe réduite